

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 13.

Erscheint alle Sonnabend.
Abonnementspreis 1,50 Mk. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbekerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Hamburg,
Sonnabend, 27. März 1909.

Anzeigen kosten die 4 gespaltene Petitzeile
oder deren Raum 40 Pf. (der Betrag ist
stets vorher einzufenden.)
Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile.

23. Jahrg.

Zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in unserem Gewerbe.

Unter den Bauhandwerken wird das Maler-, Anstreicher-, Tüncher- und Weißbindergerbergewerbe alljährlich mit am schwersten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Alle allgemein oder von den einzelnen Filialen vorgenommenen Statistiken beweisen mit Uebereinstimmung, daß der Prozentsatz der arbeitslosen Kollegen durchschnittlich ein äußerst hoher ist; darum ist es auch zu verstehen, mit welchen außerordentlichen Schwierigkeiten unser Verband zu rechnen hatte, seitdem die Frage der Arbeitslosenunterstützung aufgeworfen und somit in den Vordergrund des Interesses der Kollegen gestellt war. Der Beschluß der Kölner Generalversammlung zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung wird deshalb für alle Kollegen ein bedeutsamer Schritt in der weiteren Entwicklung unserer Organisation sein, ein wichtiger Faktor, der sich bei der nun wieder mit neuer Kraft einsetzenden Agitation als ein solcher von wirksamer Werbekraft bewähren wird.

Daß in der heutigen Gesellschaftsordnung an eine gänzliche Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht gedacht werden kann, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Immerhin könnte zur Verminderung auch jetzt schon viel geschehen, wenn planmäßig auf dies Ziel hingearbeitet, mit liebgekommenen Moden, alten Vorurteilen u. s. w. gründlich aufgeräumt würde.

Die Nachricht, daß vor kurzem die Ortsgruppe München des süddeutschen Maler- und Tüncherverbandes in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit im Malergewerbe an sämtliche Behörden eine Eingabe gerichtet habe, worin gebeten wird, wenn irgend möglich, jetzt schon Renovierungsarbeiten in Staats- und städtischen Gebäuden vornehmen zu lassen, die sonst erst im Laufe des Sommers ausgeführt werden, ist deshalb eine recht erfreuliche. Diese Gebäude sind, wie hervorgehoben wird, größtenteils mit Dampfheizungen versehen, sodas in technischer Hinsicht in Bezug auf Ausführung und Haltbarkeit der Arbeit keine Bedenken sich ergeben würden. Auf diese Weise wäre es nicht nur möglich, viele ansässige, zum Teil auch verheiratete Malergehilfen beschäftigten zu können, sondern es würde auch dadurch mehr Arbeitsausgleich gegenüber der Saison herbeigeführt werden, auf welche Art dann der großen andauernden Arbeitslosigkeit im Winter mehr Einhalt geboten werden könnte.

Dieses Vorgehen von einer organisierten Gruppe unserer Meister kommt zwar etwas spät, immerhin können wir es aber begrüßen, daß damit unseren Anregungen, die wir an dieser Stelle bereits vor sieben Jahren gemacht haben, einigermassen entsprochen wird. Wir wiesen damals darauf hin, daß es keinem Zweifel unterliegen könne, daß bei einer richtigeren Organisation diese Arbeitslosigkeit nicht unbedingt notwendig sein müßte. Ganz unhaltbare Zustände hätten sich in den Großstädten herausgebildet, es sei nur an die wahnsinnige Saisonknufferei bei den Ziehzeiten und während der großen Schulferien erinnert. Wir erinnerten ferner an das Urteil des englischen Gewerkschaftlers John Burns (jetzt Minister), der auf kommunalpolitischem Gebiete große Erfahrungen gesammelt hatte. Burns äußert sich in einer interessanten Studie über die Arbeitslosigkeit zur Verminderung der Arbeitslosigkeit im Malerberufe auf den Einwand hin, daß Maler, Anstreicher und andere Saisonarbeiter nicht regelmäßig Beschäftigung finden können, folgendermaßen:

Maler und Anstreicher und ihre Gehilfen sind diejenige Arbeiterklasse, die im Winter meist außer Arbeit sind. Im Sommer arbeiten sie und Arbeiter verwandter Gewerbe 6-7 Monate lang 10 und mehr Stunden täglich. Das ist unnützig, denn es liegt gar kein Grund vor, warum nicht alle Innenarbeiten von Gebäuden, Anstreichen und Reinigen von Gebäuden öffentlicher Körperlichkeiten, wie

Schulen, Hospitale, Asyls, Polizeistationen, Bahnhöfe und andere große Gebäude, vorgenommen werden sollen, wenn das Klima die Außenarbeit, die in der guten Jahreszeit vorgenommen werden müßte, nicht mehr gestattet. Ich habe noch nie gehört, daß sich ein Baumeister oder Unternehmer aus Gründen der Witterung geweigert hätte, einen Kontrakt abzuschließen. Abgesehen von Zeiten strengen Frostes bringt man es gewöhnlich jederzeit fertig, seine Arbeit auszuführen. In kälteren Ländern, wie Norwegen und Schweden, wird man selbst mit den Frostschwierigkeiten fertig, und sie könnten auch in England überwunden werden, wenn nicht Gewohnheit und Vorurteile dem entgegenstehen würden. Tatsächlich haben Gewohnheit, Lanne und Mode allen Gewerkschaften viele lächerliche und grausame Gepflogenheiten aufgezwungen, die für kurze Zeiträume Ueberstunden erfordern, und dann für andere Arbeitsmangel.

Wenn die Gesellschaft sich wie heute veranlaßt sieht, Arbeit für alle zu finden, so muß sie freiwillig oder gezwungen die törichte Gewohnheit aufgeben, ihre Kleider 24 Stunden, ehe sie sie braucht, zu bestellen, und darauf zu bestehen, daß alle ihre Häuser in den eleganten Vierteln in sechs Frühling- und sechs Herbstwochen von Leuten, die Tag und Nacht arbeiten, gestrichen werden. Mag die Gemeinschaft durch Gesetz, oder Meister und Arbeiter durch Uebereinkommen bestimmen, daß der Durchschnittsarbeitsstag aus dem ganzen Jahr der Maximalarbeitsstag sein soll, die Gesellschaft würde sich bald diesen Bedingungen anbequemen. Die Arbeit würde immer noch getan werden müssen, und da man nicht zu fürchten braucht, daß die Hauseigentümer sie selbst übernehmen, wäre einer der ersten Schritte zur Regulierung der industriellen Arbeit geschehen.

Was Burns hier für England anführt, ist auch für deutsche Verhältnisse zutreffend, das Vorgehen der Münchener Ortsgruppe des Malermeisterverbandes ist der beste Beweis dafür. Selbstverständlich genügt es nicht, wenn nur einzelne vorgehen, wo es gilt, im Interesse aller Berufsangehörigen etwas zu erreichen. Ein geschlossenes Vorgehen ist hier am Platze und der gemeinsame Druck der Organisationen wird es ermöglichen, daß durch eine zeitgemäße Regulierung der Arbeit einer großen Zahl Arbeiter Verdienst geschaffen werden kann.

Der Streik der Ärzte und das Interesse der Kranken.

Die immer häufiger auftretenden Konflikte zwischen Ärzten und Krankenkassen zwingt die modernen Arbeiter zu einer eingehenden Behandlung der Frage, ob denn eigentlich die Kranken der Ärzte wegen da sind, oder ob umgekehrt die Ärzte der Kranken wegen da sind. Daß die Krankheiten der Angehörigen der bestehenden Klasse eine schier unersiegbare Geldquelle für zahlreiche Ärzte bilden, ist ja hinreichend bekannt, daß aber auch die in den Krankenkassen vereinigten Arbeiter dazu dienen sollen, den Ärzten eine standesgemäße Existenz zu gewähren, ist eine Auffassung, die neuerdings immer mehr an Boden gewinnt.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß sich die Zahl der Ärzte in Deutschland wie auch in anderen Kulturländern in den letzten Jahrzehnten im Verhältnis zur Bevölkerungszunahme ganz bedeutend vermehrt hat. Gerade unter dem wissenschaftlichen Proletariat macht sich eine wachsende Ueberproduktion bemerkbar und es wird dem akademisch gebildeten Nachwuchs von Tag zu Tag schwerer gemacht, sich eine auskömmliche, gesicherte Existenz zu gründen. Bei den Ärzten liegen die Verhältnisse noch wesentlich schwieriger, da infolge der gesteigerten Einsicht des Gegenwartsmenschen in die gesundheitlichen Bedingungen des Lebens und infolge der bedeutenden Verbesserungen der hygienischen Einrichtungen eine bemerkbare Verminderung der Erkrankungsfälle eingetreten ist. Die vorbeugende Methode gewinnt immer mehr an Boden, die Methode, die aus der sehr richtigen Ueberzeugung hervorgeht, daß es wichtiger ist, eine Krankheit zu verhüten, als sie hinterher zu heilen. Auch die Verkürzung der

Arbeitszeit und die Ausdehnung des gewerblichen Arbeiterschutzes, die Ausbreitung des Naturheilverfahrens und die immer energischer einsetzende Bekämpfung des Alkoholismus tragen zu einer Hebung des Gesundheitszustandes der Arbeiterklasse bei. Alle diese Umstände wirken unzweifelhaft auf die Erwerbsverhältnisse der Ärzte ungünstig ein; denn je mehr sich die gesundheitlichen Zustände des Volkes verbessern, desto mehr verschlechtern sich die wirtschaftlichen Zustände der Ärzte, und diejenigen Ärzte, die es mit der Hebung des Gesundheitszustandes der Masse ehrlich meinen, graben sich das Wasser ab, wenn sie es fertig bringen, das Volk in seiner Gesamtheit gesund zu erhalten.

Vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus kann man es den Ärzten kaum verdenken, daß sie nicht selbst den Akt abfügen, auf dem sie sitzen, im Gegenteil, sie folgen nur dem Zuge der Zeit, wenn sie auf eine Erhöhung ihres Einkommens bringen. Ebenso ist es erklärlich, daß sie zur Erreichung dieses Zieles denselben Weg einschlagen, wie andere Berufsstände auch, indem sie Staatshilfe und Selbsthilfe mit einander vereinen. Sie fordern vom Staate und von den Gemeinden, daß man sie in ihrem Kampfe um eine bessere Gestaltung ihrer wirtschaftlichen Lage unterstützt und außerdem schließen sie sich zu starken Organisationen zusammen, um ihren Willen durchzusetzen. Hierbei dienen ihnen ihre Standesorganisationen, die ärztlichen Ehrengerichte, als wesentliches Disziplinarmittel und neuerdings bedienen sie sich, ganz wie „die gewöhnlichen Arbeiter“, auch des Streiks und des Boykotts als eines schneidigen Kampfmittels. Daß sich dieser Kampf vornehmlich gegen die Arbeiter-Krankenkassen richtet, ist bekannt und ebenso bekannt ist auch, daß dieser Kampf immer schärfere Formen annimmt, worunter die Kranken allerdings am meisten zu leiden haben.

Es gibt Leute, die in den Ärztestreiks einen Fortschritt und eine moderne Ergründung erblicken. So schreibt der bekannte Landgerichtsrat W. Kulemann-Bremen in einem Artikel der „Sozialen Praxis“ den Streiks der Ärzte die günstige Wirkung zu, daß sie eine vorurteilsfreihere Auffassung der Streiks der Arbeiter in die gebildeten und besitzenden Massen trügen, die früher den Arbeiterstreiks verständnislos und ablehnend gegenüberstanden. Ob durch diese erzieherische Wirkung allerdings die großen Schäden für die Arbeiter ausgeglichen werden, dürfte wohl nur ein Theoretiker bejahen.

Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die allermeisten Krankenkassen schon im Interesse ihrer Mitglieder bemüht sind, einträchtig mit den Ärzten zusammenzuarbeiten und daß das alberne Geschwätz der bürgerlichen Presse von der „Ausbeutung der Ärzte durch die Krankenkassen“ den Sachverhalt entstellt. Andererseits läßt sich aber auch nicht leugnen, daß die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kassen eine Grenze hat, vor der die Forderungen der Ärzte halt machen müssen. Hiervon wollen die organisierten Ärzte aber nichts wissen. Als der Staatssekretär von Bethmann-Hollweg vor kurzem im Reichstage das Vorgehen der streikenden Ärzte tadelte, richtete der in Leipzig domicillierende Ärzteverband einen geharnischten Protest an den Minister, dem wir folgende Sätze entnehmen:

„Die Krankenversicherung hat die Ärzte, ohnmächtig den starken Arbeitgebern, wie es die Krankenkassen sind, gegenübergestellt. Unwürdige Bezahlung und Behandlung waren der Lohn für entfangungsreiche Arbeit. Die Not hat die Ärzte zur Koalition getrieben; nicht der Koalitionszwang unter dem Druck des ehrengerichtlichen Verfahrens. 21.000 deutsche Ärzte sind im Leipziger Verband freiwillig organisiert. Sie alle stehen geschlossen hinter den Kölner Kollegen. Handelt es sich doch auch nicht, wie vielfach fälschlich angenommen wird, um einen Ärztestreik in Köln, sondern um eine Ausperrung der alten Kölner Ärzte durch den Kölner Krankenkassenverband. Und zwar entzog man ihnen nicht nur die Kassenpraxis, sondern suchte ihnen auch noch, obwohl von der Arbeitgeber- wie von Arbeiterseite aus, die Privatpraxis abzutreiben. Wenn jetzt in Köln Kranke oder Sterbende hilflos ihrem Glend überlassen werden, so trifft die Schuld nicht die Ärzte, sondern die Kassenverwaltung, die die alten Ärzte aussperrt

und nicht ausreichenden Ersatz beschafft haben. Daß die Kassenkämpfe zum Teil auf Kosten der Kranken geführt werden, ist schändlich, aber das trifft die, die solche Kämpfe aus Eifersucht herbeiführen, und diejenigen, die sie nicht verhindern. Die Ärzte fühlen ihre Pflicht zur Menschenliebe sehr wohl, aber sie haben auch die Pflicht der Selbsterhaltung und Pflichten gegen ihre eigenen Familien. Deshalb dürfen sie nicht, „auch im Kriege den Gegnern den Willen tun“ und sich so lange fügen, bis sie liberflüssig geworden sind.

Solange die Klassenverhältnisse nicht herbeiführen, auf die Bedürfnisse und Lebensbedingungen des ärztlichen Standes und Berufs die von ihm geforderte Rücksicht zu nehmen, solange soll und muß es Kampf und Streit geben. Aber niemand wird es freudiger begrüßen, als die Gerechtigkeit der deutschen Ärzte, wenn die häßlichen Kämpfe zwischen Klassen und Ärzten aufhören werden. Die deutsche Ärzteschaft hat in ungezählten Eingaben darauf hingewiesen, daß die Ärzte nur als freie Mitarbeiter an den sozialen Aufgaben unserer Zeit ihren Beruf voll erfüllen können. Niemand hat uns gehört. Jetzt, Erzellenz, wo die Reihe an Ihnen ist, wo Sie die Grundlinien der Versicherungsreform enthüllen, zeigen Sie im gleichen Augenblicke, daß auch Sie, trotz anscheinendem Verständnis für den Kern der Sache, nicht gewillt sind, Frieden zu schaffen. Zwar glauben und hoffen auch wir, daß die von Ihnen geplanten Einigungsinstanzen manche Kämpfe zu verhüten vermögen — beseitigt werden sie aber dadurch nicht. Sollte aber der Versuch gewagt werden, uns Ärzte mit unseren Berufsforderungen unter den Spruch eines Schiedsrichters zu zwingen und auf diesem Wege uns das Recht der Freiheit der Hilfeleistung, unsere beste Waffe zur Verteidigung unserer Berufs- und Standesinteressen, aus der Hand zu winden, dann können Erzellenz versichert sein, Sie werden die deutsche Ärzteschaft ebenso einig im Widerstand finden, wie sie jetzt zum Schutze ihrer bedrohten Kollegen einig und treu zusammensteht. Sorgen Sie dafür, daß künftig allenthalben den ärztlichen Standesvertretungen das Recht eingeräumt werde, bei der Regelung des kassenärztlichen Dienstes mitzuwirken, daß dem Arzt in Zukunft sein ihm durch die Reichsverfassung verbürgtes Recht auf freie Ausübung des Berufes gewährleistet und er der Willkür der Kassenvorstände enttrückt werde. Dann, aber nur dann, wird dem ärztlichen Stande der Friede zurückgegeben sein.“

Diese scharfe Kriegserklärung des Ärzteverbandes gewährt uns einen Einblick in den Gedankengang der Führer: sie gehen von der Auffassung aus, daß der ärztliche Beruf in erster Linie einen wirtschaftlichen Zweck habe, daß er seinen Mann nahren und ein standesgemäßes Einkommen gewährleisten müsse; das Wohl der Kranken kommt erst in zweiter Linie. Anders ausgedrückt heißt das: die vielgerühmte ärztliche Wissenschaft und Kunst wird zu einem Mittel, um Geld zu verdienen.

Diese rein materielle Auffassung von dem Wesen des ärztlichen Berufes entspricht ganz genau dem Standpunkte, den unter der verschleuderten Wirkung des Kapitalismus auch die anderen Vertreter der wissenschaftlichen Berufe sich zu eigen gemacht haben — sie klingt aber ganz eigenartig im Munde von Leuten, die sich so gern als die Wohltäter der kranken Menschheit aufspielen und über den „krassen Materialismus“ der Proletarier Weh und Wehe schreien. Darauf wollen wir in einem Schlusssatzartikel noch etwas näher eingehen.

Die Bleivergiftungsgefahr vor dem Reichstage.

II.

Sehr bemerkenswerte Ausführungen machte dann noch der Abgeordnete Dr. Fleischer, die wir unseren Kollegen nicht vorenthalten möchten. Dr. Fleischer behandelte die Frage vom Standpunkt des Sozial-Hygienikers aus. Seine Darlegungen lassen, im Gegensatz zu seinem Fraktionskollegen Frl. viel soziales Verständnis erkennen. Nachdem Dr. Fleischer zunächst die Bleivergiftungsgefahr in der keramischen Industrie behandelt und entsprechende Schutzmaßnahmen für die in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen gefordert hatte, fuhr er fort:

Ich komme zu der Bundesratsverordnung vom 27. Juni 1905, betreffend die Betriebe, in denen Maler-, Anstreicher-, Lüncher-, Weißbinder- oder Lackierarbeiten ausgeführt werden. Ich kann mich im großen und ganzen den Magen anschließen, die über eine unwirksame Durchführung dieser Verordnung erhoben worden sind, muß aber doch andererseits nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten auch feststellen, daß sich infolge dieser Verordnung der Gesundheitszustand der betreffenden Arbeiterschichten zum Teil verbessert hat. Weshalb ich aber auf diese Bundesratsverordnung zu sprechen komme, ist der meiner Ansicht nach höchst erfreuliche Umstand, daß seit Erlass jener Bekanntmachung die Produktion von bleiweißhaltigen Farben wesentlich zurückgegangen ist. Das hat seinen Grund in der wesentlichen Einschränkung der Verwendung solcher Farben seit jenem Erlaß. Diese Tatsache scheint mich zu dem Schlusse zu berechtigen, ob nicht jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, wo die Bleiweißfrage einer erstmaligen gesetzgeberischen Behandlung entgegengeführt werden könnte. Natürlich sind etwaige gesetzgeberische Maßnahmen von der Beantwortung der Frage abhängig zu machen, ob man bleiweißhaltige Farben durch nicht bleiweißhaltige in der Weise ersetzen kann, daß darunter der Anspruch nicht leidet. Ich kann mich augenblicklich noch nicht auf den Standpunkt der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz stellen, die ohne weiteres ein uneingeschränktes Verbot der Verwendung bleiweißhaltiger Farben fordert. Ich möchte auch nicht den Weg empfehlen, den man in Frankreich gegangen ist. Ich wünsche das Erreichbare; und da besteht wohl heute bei allen Sachverständigen kein Zweifel mehr darüber, daß man bei Innenanstrichen die bleiweißhaltigen Farben entbehren kann. Selbstverständlich nehme ich dabei von vornherein das Gebiet des Kunstgewerbes aus.

Ich kann mir nun eine ganze Reihe von Maßnahmen denken, die zunächst vorbereitend wirken würden, um gesetzgeberische Maßnahmen zu erleichtern. Da denke ich vor allem an die Tätigkeit der Budgetkommission im Reichstage. Ich würde es mit Freuden begrüßen, wenn die Budgetkommission darauf dringen würde, daß, soweit von den Reichsbehörden öffentliche Arbeiten vergeben werden, dies nur unter der Bedingung geschehen darf, daß bei Innenanstrichen bleifreie Farben zu verwenden sind. Ich würde dasselbe Vorgehen für die Parlamentarier unserer Bundesstaaten empfehlen; dadurch würde bereits ein weitreichender Erfolg erzielt werden können. Ich gebe zu, es sind schon Versuche in dieser Beziehung von Seiten der Reichsbehörden, auch von preussischen, württembergischen und badischen Ministerien gemacht worden. Ich wünsche nur, daß diese Versuche allgemeine Nachahmung finden möchten.

Nicht minder müssen wir einen dringenden Appell im Interesse der Gesundheit unserer Arbeiter an die Kommunalbehörden richten. Wenn die Kommunalbehörden, wie dies beispielsweise in Leipzig bei Vergabung der Anstreicherarbeiten für die Gasanstalt der Fall war, sich dazu entschließen könnten, diese Arbeiten nur dann zu vergeben, wenn sich die Unternehmer verpflichteten, nur bleifreie

Farben bei Innenanstrichen zu verwenden, würde das am wirksamsten mit zur Bekämpfung der Bleiweißgefahr beitragen; z. B. hätte Berlin — ich weiß nicht, ob es geschehen ist — beim Bau des neuen Rathauses eine wunderbare Gelegenheit dazu gehabt. In derselben Lage befinden sich eine Reihe von anderen Kommunalbehörden. Ich meine, der Deutsche Städtetag müßte sich ebenfalls mit dieser Angelegenheit befassen und die Verhältnisse mit klären helfen.

Doch selbst wenn in der Weise vorgegangen würde, wäre das Ziel noch nicht erreicht, wohl aber die gesetzgeberische Aktion reif. Ich würde mit Rücksicht darauf empfehlen — das könnte auch jetzt schon geschehen — daß eine Vertrauenskommission von Seiten des Reichsgesundheitsamts eingesetzt würde, in der die Beteiligten vertreten wären, also die Arbeitgeber, die Arbeiter, ferner die Architekten, die Maler, die Innungen, die Ärzte, die Chemiker und die Industriellen. Sie sollten sich zu einer solchen Vertrauenskommission zusammenschließen und die Frage einer gründlichen Erwägung unterziehen. Der erste Weg ist in Oesterreich beschritten worden, und die österreichische Kommission ist zu dem Ergebnis gekommen, daß in der Tat bei Innenanstrichen bleifreie Farben vollständig ersatz für den Anstrich mit bleiweißhaltigen Farben bieten. Ich glaube, daß durch die Einsetzung einer solchen Vertrauenskommission die Frage einer endgültigen Klärung entgegengeführt werden könnte, nachdem im weitesten Umfang und namentlich im Anschluß an die Bundesratsverordnung über die bleiweißhaltigen Farben eine bedeutende Einschränkung in der Verwendung solcher Farben eingetreten ist.

Im Anschluß daran möchte ich noch auf einige ganz allgemeine Gesichtspunkte hinsichtlich der Bekämpfung der Bleivergiftungen hinweisen. Die Gedanken, die ich da zur Erwägung stellen möchte, beziehen sich auf folgende Vorkommnisse. Als auf Grund der Bundesratsverordnung vom 27. Juni 1905 beispielsweise in einer Magdeburger Fabrik zum ersten Male die Arbeiter untersucht wurden — es ist das aus den Berichten des Gewerbeaufsichtsbeamten entnommen, was ich jetzt sage — stellte sich die überraschende Erscheinung ein, daß — ich glaube — sämtliche 75 Arbeiter mehr oder weniger als bleikrank bezeichnet werden mußten. Der Gewerbeaufsichtsbeamte reagierte deshalb an, ob es nicht möglich wäre, eine wirksamere Bekämpfung der Bleivergiftungen durch eine periodische Untersuchung der Arbeiter durchzuführen. Ich gebe zu, daß für diese Forderung eines der größten Hindernisse die oft fehlerhafte Diagnose ist. Irrtümern sind wir alle unterworfen, auch der Arzt. Aber diese fehlerhafte Diagnose scheint zuweilen auch in sozialen Gründen in der wirtschaftlichen Abhängigkeit einzelner Fabrikärzte ihre Ursachen zu haben. Ich erinnere an den Bericht des Doppelner Gewerbeaufsichtsbeamten, in dem es heißt:

„Während von einer großen Verwaltung Ober-Oesterreichens mit 1295 Arbeitern im Laufe der letzten sechs Jahre 123 Bleierrkrankungen mit 3269 Krankheitsstagen in die Kontrollbücher eingetragen wurden, weisen die Bücher einer anderen Verwaltung mit 1857 Arbeitern, die unter nahezu gleichen Arbeitsbedingungen arbeiten, während dieses Zeitraums keine einzige Bleierrkrankung auf.“

Meine Herren, Sie sehen, daß hier in der Tat Fabrikärzte unter verschiedenen Gesichtspunkten die Erkrankungen der Arbeiter beurteilen. Darmkatarrh, Darmkolik, Nabelschmerzen, Nierenkrankheiten werden ungefähr die ärztlichen Diagnosen gewesen sein, die eingetragen worden sind; aber die Beziehung der Krankheit zur Beschäftigung mit bleihaltigen Produkten fehlt. Da möchte ich mir erlauben, auf die Arbeit eines Arztes hinzuweisen, der Gelegenheit gehabt hat, namentlich in der oberösterreichischen Zinkindustrie die Verhältnisse

Leben und Tod.

Wissenschaftliche Blauderei.

Im gewöhnlichen Sprachgebrauch werden Leben und Tod häufig als absolute Gegensätze einander entgegengesetzt, wie etwa Gut und Böse oder Licht und Dunkel. Aber ebenso wie das letztere falsch ist, wie Helligkeit und Schatten sich mischen können zum unbestimmten Grau, ist auch der Tod vom Leben nicht durch eine scharfe Grenzlinie getrennt, die zu sagen gestattet: Hier endet das Reich des einen und beginnt das des anderen, sondern es gibt auch auf diesem Gebiete ein Grau, eine Uebergangsform, Zwischenstadien, in denen sich das scheinbar Unverträgliche mit einander verbindet. Was ist eigentlich der Tod? Die einzige erschöpfende wissenschaftliche Definition kann nur negativ sein: Der Tod ist das Aufhören aller Lebensfunktionen. Hier stoßen wir schon. Das Aufhören aller Lebensfunktionen, gut; aber hören sie denn wirklich in derselben Sekunde, in demselben Bruchteil einer Sekunde auf, so daß wir diesen als den Zeitpunkt fixieren können, wo das Leben endet und der Tod beginnt? Die Antwort auf diese Frage ist nicht zweifelhaft, sie muß lauten: Einen solchen Zeitpunkt gibt es nicht. Die Lebensfunktionen des menschlichen und — was in diesem Falle gleichbedeutend ist — des höheren tierischen Organismus sind sehr mannigfacher Art. Als die wichtigsten und diejenigen, die sich am leichtesten erkennen lassen, wollen wir die Atmung, den Herzschlag und die innerliche Verbrennung nennen.

Jeder, der schon öfters an einem Sterbelager gestanden, vor allem aber jeder Arzt, wird ohne weiteres erklären müssen, daß das Aufhören dieser drei wichtigsten Lebensfunktionen in ziemlich weit von einander entfernte Zeiträume fällt. Es ist etwas ganz Gewöhnliches, daß das künzige Ohr am Herzen noch einen leisen Schlag vernimmt, während die Atmung schon minutenlang ausgefehlt hat, ja es gibt Fälle, wo der Organismus aus diesen Grenzgebieten sogar noch den Weg zurück findet in das lichte Reich des Lebens. Ich erinnere nur an jene Fälle von Wahnung des Atmungszentrums, wo durch systematische, oft lang dauernde künstliche Atmung der scheinbar schon dem Tode Verfallenen wieder gerettet wird. Fälle, die durchaus nicht selten sind. Sie erzignen sich schon oft an der Schwelle des Todes, wenn der eben Geborene es aus eigener Kraft nicht vermag, mit dem Sprachrohr gewordenen ersten Schmerzensschrei, der in Wirklichkeit nichts anderes ist, als die erste tiefe, unwill-

kürliche Einatmung, die Luft in seine Lunge zu ziehen. Aber der Arzt hört, daß das Herz des Kindes leise schlägt, und es gelingt ihm, sogar in den meisten Fällen, die Atmung so lange künstlich zu erhalten, bis sie von selbst einsetzt.

Schon in diesem Falle sehen wir in typischer Art, wie selbst in medizinischen Kreisen die Ansichten über tot und lebendig schwanken. Der praktische Arzt würde es, und mit Recht, als eine schwere Veräumnis ansehen, ein solches Kind ohne weiteres als tot zu bezeichnen; für ihn ist es ein lebendiges Wesen, das seine Kunst wieder oder vielmehr erst recht ins Dasein ruft. Die gerichtliche Medizin jedoch bezieht ein Kind, welches nicht geatmet hat, dessen Lungen keine Luft enthalten, als „totgeboren“. Derselbe Zustand und der eine nennt ihn Leben, der andere Tod. Ähnliche Fälle kommen übrigens oft genug auch beim Erwachsenen vor. Das Ausbleiben der Atmung für lange Zeit bei Fortbestehen der anderen lebenswichtigen Körperfunktionen ist ja bekanntlich ein Hauptsymptom vieler Krankheiten. Ich nenne nur die Vergiftungen mit Leuchtgas, ferner die verschiedenen Erstichtungsformen, zu denen auch das Ertrinken und der Tod durch Blitzschlag gehört; der letztere allerdings nicht in allen Fällen. Hier überall hat die künstliche Atmung schon oft das flüchtende Leben noch an der Schwelle zurückgehalten und wieder-erneuert. Andererseits kann, zum Beispiel bei Erfrorenen, die scheinbar stehende Blutzirkulation von neuem angeregt werden. Dies alles beweist uns, daß das Aussetzen einer einzigen, wenn auch noch so wichtigen Körperfunktion mit dem Tode noch nicht gleichbedeutend ist. Wie liegen nun die Verhältnisse in jenen sich tagtäglich in Millionen Fällen bei den durch Krankheit oder Alter erschöpften Organismen wiederholenden Momenten, welche wir als die Stunde des Absterbens bezeichnen? Auch hier sind fast niemals Tod und Leben haarscharf getrennt, sondern zwischen beide schiebt sich eine mehr oder minder lange Zwischenpause ein. Ich meine nicht etwa jenen Zustand, der unter dem Namen Agonie allgemein bekannt ist. Die Agonie ist ein Zustand zur Erde gehender, zum Teil wiedererlebender Lebensfunktionen, aber sie ist noch Leben. Doch endlich kommt ein Augenblick, wo der Atem, der nur noch stoßweise mit langer, langer Zwischenräumen geschöpft wurde, ganz ausbleibt. Ist das Tod? Noch nicht. Noch hört das Ohr des Arztes, welches sich dem Brustkorb anlegt, ein leises Klappen des Herzens, zum Beweis, daß diese wichtige Funktion die Atmung überdauert, oft um Minuten. Und endlich ist auch die vorbei. Der Arzt drückt wohl die

Augenlieder über den erloschenen Sternen zu und spricht das Wort aus: Der Tod ist eingetreten.

Nichtig im medizinischen Sinne, verkrüht im physiologischen Sinne. Denn wenn auch noch niemals jemand zurückgefunden hat über die Schwelle, der so weit gegangen, vollkommen tot ist er auch dann noch nicht, wenn Atmung und Zirkulation aufgehört haben. Wir wissen, daß die innere Atmung, der Sauerstoffverbrauch in den Geweben, noch lange nach konstatirtem Tode fortbauert, was mit ein Grund, wenn auch nicht der einzige, ist, daß auch nach Erlöschen von Puls und Atmung die Temperatur des als tot bezeichneten Körpers nicht nur längere Zeit erhalten bleibt, sondern sogar noch anzusteigen vermag.

So sehen wir, wie ich schon eingangs erwähnte, zwischen den Reichen des Eins und Nichtseins einen schmalen grauen Grenzstreifen, ein neutrales Gebiet. Aber kennt denn nur der Körper als Ganzes den Tod? Mitnichten. Jedem Bauteil ist es geläufig, daß bei lebendigem Organismus einzelne Körperteile absterben können, wie bei hochgradigen Erfrierungen oder Verbrennungen sowie bei jener Krankheit, die man als Brand bezeichnet hat.

Ein brandig gewordener Fuß zum Beispiel ist auch im physiologischen Sinne vollständig tot. Er hat keine einzige seiner Funktionen mehr, die wir als für das Leben charakteristisch bezeichnen; ja auf fürchterliche Weise wird der Beweis des Todes oft auch dadurch erbracht, daß Bakterien, welche im lebenden Körper nicht gedeihen können, wie die Fäulnisreger, sich hier ansiedeln. So kommt es oft genug vor, daß Tod und Leben neben einander in einem Körper bestehen, oft tage- und wochenlang. Freilich, ein festes Band kann die ungleichen Brüder nicht vereinen. Wo sie auf die oben geschilderte Weise an einander gefesselt sind, beginnt zwischen ihnen ein zäher Kampf, der nicht früher endet, als bis der eine besiegt und vom Schlachtfeld verdrängt ist.

Aber was nützt das alles? Kann dieses Aufkämpfen gegen das unvermeidliche Schicksal mehr erzielen als eine kurze Krüppelstreckung? Ist das Ende alles Lebenden nicht schließlich der Tod? Nein, antwortet die moderne Wissenschaft. Nicht der Tod ist das Ende alles Lebens, sondern es gibt überhaupt keinen Tod. Was wir so nennen, ist nur das Aufhören einer Gestaltungsform des Lebens, die zerstört wird, damit ihre Bestandteile sofort tausend neue Formen aufbauen helfen. Nicht der Tod ist das Letzte, sondern das Leben ist es; das Leben, das Anfang war und Ende bleibt und in dem das, was wir Menschen-Tod nennen, nur eine Epilobe ist, eine Uebergangsform zu neuem Sein.

eingehend studieren zu können. Es ist das der frühere Krebskassenarzt in Heußlen und jetzige Kreisarzt Dr. Frey in Sulzbach, der eine Broschüre geschrieben hat: „Die Zinggewinnung im oberösterreichischen Industriebezirk und ihre Hygiene.“ Das praktische Ergebnis dieser bedeutsamen Broschüre kann man in folgende Sätze zusammenfassen: Bei Bleierkrankungen tritt in den roten Blutkörperchen eine weiße Körnchen Entartung auf. Ich gehe auf die chemische und medizinische Frage nicht weiter ein. Tatsache ist, daß diese weißen Körner, die sich in den roten Blutkörperchen bilden, proportional der Schwere der Erkrankung auftreten, so daß, wenn wenig weiße Körner vorhanden sind, die Krankheit noch im Anfangsstadium ist, daß es aber ein Zeichen der Verschlimmerung darstellt, wenn viele Körner vorhanden sind. Viele Methode ist von Gravidy in Charlottenburg für die Diagnose von Bleierkrankungen ebenfalls mit Erfolg angewendet worden. Es ist Tatsache, daß die Entartung der roten Blutkörperchen auch bei Tuberkulose, Krebs und vorgeschrittener Anämie vorkommt. Aber das sind Krankheiten, die der Arzt ohne weiteres zu diagnostizieren vermag. Hier handelt es sich darum, auf Grund des Blutbefundes ein sicheres Anzeichen für Bleierkrankungen entdeckt zu haben, auf Grund dessen mit Sicherheit entschieden werden kann, ob, wenn die Arbeiter blaß sind oder sonst sich irgendwie Unwohlbefinden einstellen, Bleivergiftung vorliegt.

Ich würde das Kaiserliche Gesundheitsamt bitten, zu erklären, ob es nicht in der Lage wäre, diesen Untersuchungen des Kreisarztes Dr. Frey seine Aufmerksamkeit zu schenken und zu erwägen, ob nicht in Verbindung mit dieser Methode — ich selbst bin nicht Sachmann — durch eine periodische Untersuchung der am meisten der Bleigefahr ausgesetzten Arbeiter eine wirksame Bekämpfung der Bleierkrankheit zu erzielen ist.

Im Anschluß daran möchte ich einen Gedanken nicht unangesprochen lassen. Wir stehen vor der neuen Reichsversicherungsgesetzgebung, und ich möchte zu erwägen geben, ob es nicht möglich wäre, in der Reichsversicherungsgesetzgebung eine differenzierte Behandlung einzuführen zwischen gewöhnlichen Krankheiten und Bleiwerkkrankheiten. Ich wage nicht, im gegenwärtigen Augenblick einen positiven Vorschlag zu machen; ich wage nicht zu sagen, die Bleiwerkkrankheiten sollen etwa unbedingt als Unfälle behandelt werden. Aber ich frage, ob es nicht im Interesse einer wirksamen Heilung der betroffenen Arbeiter möglich ist, eine Differenzierung in der gesetzlichen Arbeiterversicherung einzuführen. Ich möchte dabei beispielsweise auf den Bericht des königlichen Krankheitsfürsorgers zu Wismar i. S. hinweisen. Dieser Bericht weist darauf hin, daß in Erwägung zu ziehen sei, ob nicht gerade bei Bleiwerkkrankheiten, überhaupt bei Bleiwerkkrankheiten, durch die Ermöglichung einer langen Krankenhausbehandlung die Gefahren für Leib und Leben ganz wesentlich vermindert werden könnten.

„Freilich ist zu befürchten“ — heißt es in dem Bericht — „daß auch in dieser Hinsicht bei den Betroffenen selbst das nötige Verständnis und Entgegenkommen fehlen wird, solange nicht eine nach der Art der Unfallversicherung einzurichtende Versicherung gegen Bleiwerkkrankheiten besteht.“ Die Klage der Ärzte des Krankenhauses geht nämlich dahin, daß, sobald die schmerzhaften Erscheinungen der Bleiwerkkrankheiten vorüber sind, auch die Arbeiter ohne weiteres begehren, wieder der ärztlichen Behandlung sich entziehen zu dürfen, sodaß auf die im Körper noch vorhandenen Giftmengen nicht weiter eingewirkt werden kann.

Das, meine Herren, scheint mir der Punkt zu sein, der nicht im Interesse unserer Volksgesundheit liegt. Ich bitte noch einmal, diesen Gedanken in Erwägung zu ziehen und sich zu fragen, ob nicht die Schwierigkeiten, die etwa seiner Verwirklichung entgegenstehen, im Interesse einer wirksamen Krankenhausbehandlung dieser Arbeiterschichten auf diese oder jene Weise aus dem Wege geräumt werden können.

Wir stimmen Dr. Fleischer darin bei, wenn er am Schluß seiner Ausführung hervorhebt, daß es nicht im Interesse der Volksgesundheit liegt, wenn die an Bleiwerkkrankungen erkrankten Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen, bevor sie gründlich wieder hergestellt sind. Aber, daß dem so ist, ist für die Eingeweihten verständlich. Die Masse unserer Berufskollegen hat alljährlich mit mehr oder minder langer Arbeitslosigkeit zu kämpfen, da können die Bleiwerkkranken sich eben nicht monatelanger ärztlicher Behandlung unterwerfen. Die Sorge um die Existenz treibt sie dazu, die Arbeit wieder aufzunehmen, sobald es nur irgend wieder geht. Gerade deshalb sollten die gesundheitlichen Körperschaften unsere Forderung, die gewerbliche Bleiwerkvergiftung den Betriebsunfällen gleichzustellen, umso mehr als berechtigt anerkennen. Ob die diesmalige Verhandlung im Reichstage positive Folgen nach irgend einer Seite hin nach sich ziehen wird, wissen wir abzuwarten; sicher erscheint es aber, daß die Verhandlungen dazu beitragen werden, einen Schritt weiter zu kommen auf dem Wege zur völligen Klärung der Frage.

Unsere Generalversammlung in Götting hat von neuem als erste Etappe zur Verwirklichung unserer Forderungen ein unbedingtes Verbot aller bleihaltigen Farben bei Innenarbeiten bezeichnet. Mit dieser Forderung stehen wir nicht allein, weite Kreise der öffentlichen Meinung erheben dieselbe, da wäre es endlich an der Zeit, daß auch die Regierungen sich auf denselben Standpunkt stellen. Wir werden unbedenklich dessen nach wie vor unsere Forderung auf vollständiges Verbot der Bleifarben mit allem Nachdruck vertreten, weil wir aus praktischer Erfahrung wissen, daß nur dadurch die Bleiwerkvergiftungen aus der Welt geschafft werden können, und weil wir der Meinung sind, daß eine Industrie, die alljährlich Hunderten von produktiv tätigen Arbeitern Krankheit, Siedtum und Elend bringt, keine Existenzberechtigung hat.

Zur Giftigkeit der Tapeten.

Wenn man die giftige Wirkung von arsenhaltigen Farbstoffen auf Tapeten annehmen will, so muß man schon mit größeren Mengen dieses Giftes rechnen. Um hier einen sicheren Anhalt zu gewinnen, müssen wir uns die eigentlichen arsenhaltigen Farbstoffe ansehen, und zwar die, die wie aus den Gesetzesparagrafen zu ersehen ist, ihrer Anwendung nach bei dem Tapetenruck verboten

sind, die aber, wie die Praxis bereits gelehrt, in versteckten Mischungen angewandt werden. Nach den Untersuchungen Gaultiers vor der französischen Akademie der Wissenschaften vom Jahre 1904 steht fest, daß Arsenik, wenn auch in sehr verdünnten und sehr kleinen Mengen, in Rind- und Kalbfleisch, Kartoffeln, Wein, ja selbst im menschlichen Körper vorhanden ist. — Ob nun der Tapetenfabrikant die Verarbeitung bewußt oder unbewußt zuläßt — ist vor der Hand vorläufig eine sekundäre Frage. Schon die Menge der Farbenarten, in denen Arsenik vorhanden, ist sehr groß und ist die giftigste davon das Schweinfurtergrün. Dieser grüne Farbstoff besteht aus 58,65 Proz. arseniger Säure (Arsenik), 31,29 Proz. Kupfer und 10,06 Proz. Essigsäure. Da dieser Farbstoff rein und unvermischt beim Tapetenruck Anwendung findet, mag wohl in den seltensten Fällen anzunehmen sein; was aber immer wieder zu seiner Anwendung, wenn auch in Mischform, verleitet, ist der schöne, reine, grüne Ton, der durch seine Verwendung erzielt wird. Bei diesem großen Arsenikgehalt kann eine große Verdünnung oder Mischung mit andern ungiftigen Farbstoffen vorgenommen werden, ohne daß damit der Arsenikgehalt dieser Mischfarben, die nunmehr auf der Tapete sitzen, unter die gesetzlich festgesetzte Grenze von 0,2 Proz. heruntergeht. Verboten ist also jeder, auch der kleinste Teil Schweinfurtergrün in der Tapetenruckfarbe, sowie auch jede etwaige Färbung des Tapetenpapiers — (wie ja auch vernünftigerweise eine besondere Verordnung der Berliner Polizei jede Beimischung von Schweinfurtergrün als Zusatz zum Kleister, zwecks Vertilgung von Ungeziefer, verboten hat!)

Damit ist aber die giftige Wirkung noch nicht erschöpft, sie kann noch verschiedener Art sein. Zuerst bei der Herstellung, dann beim Hartieren im Handel, beim Zuschneiden — in Staubform; beim Tapezieren, und endlich später bei der Abnutzung durch die Bewohner. Wie weit letzteres führen kann, wenn die Farbstoffe kupfer- oder bleihaltig sind, zeigt folgender Fall. (Wenn auch vorausgeschickt werden muß, daß diese Tatsache sich nicht bei uns abspielt, neige ich doch der Ansicht zu, daß ähnliche Fälle auch wohl bei uns dagewesen, nur daß sie nicht mit dem Interesse der heute verfolgt wurden, abgesehen mal von den Fällen in Berlin und Leipzig, die ich schon erwähnte.) Dr. Lefour in Bordeaux berichtet von einem Ehepaar über Vergiftung durch bleihaltige Tapeten folgenmaßiger: Die Frau stand im letzten Monat der Schwangerschaft und ihre Beschwerden wurden als erstere gedeutet, während die gleichen Symptome beim Mann die Patientin auf Blinddarmerkrankung zurückgeführt wurden. Während eines Domizilwechsels von mehrtägiger Dauer verschwanden bei beiden die Beschwerden, sie stellten sich jedoch bei der Rückkehr wieder ein. Die zufällige Betrachtung der Tapeten legte nun den Gedanken an eine Bleiwerkvergiftung nahe. Tatsächlich fand sich bei beiden ein Bleisaum am Zahnteil und die Untersuchung der Tapeten in den verschiedenen Zimmern ergab einen Bleigehalt von 0,36 bis 1,5 Gramm Blei pro Quadratmeter Tapete. Auch im Harn war das

Kollegen! Sorgt dafür, dass die auslernenden Kollegen sofort unserm Verband zugeführt werden!

Blei nachweisbar. Besonders bleihaltig waren die als sammt- und plüschartig bezeichneten Tapeten, wobei der Bleigehalt bis 7,68. Gramm pro Quadratmeter Tapete ging.

In einem andern Fall waren in einem Zimmer, das eben erst tapeziert worden war, die Blumen auf dem Fensterbrett ganz auffällig plötzlich verwelkt. Der Zusammenhang mit der Tapete, mit der tapeziert wurde, war die richtige Vermutung der rätselhaften Erscheinung; die Untersuchung ergab Vorhandensein von Arsenik, das sich beim Einstreichen der Tapetenbahnen, beim weiteren Weichen — in Arsenwasserstoffgas entwickelte.

Da es für uns sehr darauf ankommt, nicht unnütze Arbeit im Sammeln von giftig erscheinenden oder leicht stäubenden Tapeten zu machen, ist es wichtig, auf ein Mittel hinzuweisen, woran man solche arsenhaltige Tapeten erkennt und das keine großen Vorbereitungen und Apparate bedingt. Man kauft in der Apotheke für etwa 20 Pf. Salmiak (welches Pulver) und löst es in destilliertem Wasser auf, das man ebenfalls in der Apotheke erhält. In dieser Lösung weicht man ein Stückchen der verdächtigen Tapete so ein, daß sie gut durchweicht ist (etwa 10 Minuten). Dann läßt man auf die durchweichte Tapete, oder auf die die Tapete umgebende Salmiaklösung einige ganz kleine Bröckchen salpeterminhaltiges Silber (Nöllenstein-Gift) fallen. Ist in der Farbe Arsenik vorhanden, so wird sich um diese Bröckchen sofort ein gelber Niederschlag bilden, und dieser Niederschlag ist das sicherste Zeichen dafür, daß die Tapetenfarben oder das Tapetenpapier über die gesetzlich zulässige Grenze arsenhaltig sind.

Wie wir eingangs gesehen haben, ist eine solche Tapete gesetzlich verboten, und vom Verkauf auszuschließen, und liegt es einzig und allein an uns, auf derlei Erscheinungen mehr als bisher zu achten, und sofort nach den Feststellungen den Klageweg zu beschreiten. Das dürfte wohl überall da, wo man solchen Fabrikaten begegnet, vor der Hand das rationellste sein. Liegen dann genügende Beweise aus den einzelnen Fabriken vor, so geht dann die schon erwähnte Bescherwerführung an die höheren Instanzen ab und dürfte der Erfolg, mit dem gehörigen Nachdruck in Permanenz durchgeführt, nicht ausbleiben. Sehr wünschenswert wäre, wenn unsere Kollegen derartige Proben (mit einer kleinen Bescherwerführung der Begleitermeinung) an die Sammelstelle Adresse: Albert Pache, Breslau, Kl. Fürstenstr. 21 einsenden würden.

Streiks und Aussperrungen im Jahre 1908.

Die letzte Nummer des Reichs-Arbeitsblattes enthält eine vorläufige Uebersicht über die Streiks und Aussperrungen im Deutschen Reich im vierten Vierteljahr 1908. Unter Kombination mit den früher veröffentlichten Vierteljahrsberichten läßt sich nun eine Uebersicht für das ganze Jahr geben, die jedoch in zweierlei Beziehungen von der Wirklichkeit abweicht. 1. insofern gegen die Zuverlässigkeit und Vollständigkeit der amtlichen Streikstatistik die bekannten Einwendungen zu erheben sind, 2. insofern das Reichs-Stat. Amt selbst noch nachträgliche Ergänzungen zu den Vierteljahrsberichten vorgenommen hat, die jedoch nicht nach den einzelnen Gewerbegruppen detailliert sind, sodaß sie bei der von uns gemachten Zusammenstellung auch nicht berücksichtigt werden konnten. Wir fügen nur zum Schluß die nachträglich ermittelten Zahlen den sich aus der Addition der Einzelberichte ergebenden bei.

Gewerbegruppe	Streiks:			Die Streikenden hatten		
	Zahl der 1907 beendeten Streiks	Zahl der betroffenen Betriebe	Zahl der betroffenen Arbeiter	vollen Erfolg	teilweisen Erfolg	keinen Erfolg
Gärtnerei	3	40	199	1	1	6
Tierzucht u. Fischerei	8	3	94	1	—	2
Bergbau	41	46	7863	6	10	25
Steine und Erden	117	257	6023	11	23	73
Metallverarbeitung	75	163	4417	5	26	44
Maschinen u. Instrumente	79	113	5733	5	17	57
Chemische Industrie	18	20	795	—	5	13
Forstwirtschaftliche Nebenprodukte	10	11	375	1	3	6
Textilindustrie	32	45	3521	5	4	23
Papierindustrie	11	7	435	1	3	7
Lederindustrie	41	225	1779	7	14	20
Holz- u. Schnitzstoffe	134	213	4051	19	40	75
Nahrungs- und Genußmittel	84	113	2368	12	32	40
Bekleidung	77	1140	4853	12	47	18
Reinigung	7	12	99	1	1	5
Druckgewerbe	376	1448	18019	88	121	167
Polycograph. Gewerbe	8	10	223	—	4	4
Kunstgewerbe	1	1	53	1	—	—
Handelsgewerbe	31	67	1004	8	5	18
Verkehrsgewerbe	35	379	2096	2	13	20
Gast- und Schankwirtschaft	4	13	188	—	2	2
Zusammen	1192	4326	64188	186	381	626
Korrigierte Jahressumme 1908	1307	4817	67993	210	415	682
Jahressumme 1907	2266	13092	192430	373	930	963

Aussperrungen:

Gewerbegruppe	Aussperrungen:			Die Aussperrung hatte		
	Zahl der 1907 beendeten Aussperrungen	Zahl der betroffenen Betriebe	Zahl der betroffenen Arbeiter	vollen Erfolg	teilweisen Erfolg	keinen Erfolg
Gärtnerei	1	1	30	1	—	—
Steine und Erden	12	31	987	7	5	—
Metallverarbeitung	8	14	908	4	3	1
Maschinen und Instrumente	18	25	16063	15	3	—
Chemische Industrie	1	1	11	1	—	—
Forstwirtschaftliche Nebenprodukte	5	14	38	4	1	—
Textilindustrie	20	139	11525	19	1	—
Papierindustrie	3	18	519	3	—	—
Lederindustrie	3	15	48	3	—	—
Holz- u. Schnitzstoffe	9	62	1915	7	2	—
Nahrungs- und Genußmittel	5	14	200	4	1	—
Bekleidung	6	9	288	4	—	2
Druckgewerbe	61	1117	7647	30	27	4
Polycograph. Gewerbe	1	1	5	—	1	—
Verkehrsgewerbe	3	64	312	1	1	1
Zusammen	156	1425	40496	103	45	8
Korrigierte Jahressumme 1908	181	1729	44416	114	56	11
Jahressumme 1907	246	5287	81167	112	119	13

Die Uebersicht zeigt vor allem ein starkes Abflauen der Streikbewegung gegenüber dem Vorjahre, nachdem bereits in den beiden vorhergehenden Jahren ein Nachlassen stattgefunden hatte. Die Zahl der Streiks sank von 2403 im Jahre 1905 auf 2731 im Jahre 1906, 2266 in 1907 und nunmehr 1307 im Jahre 1908. Noch stärker ist die Zahl der Streikenden zurückgegangen, die in den genannten Jahren betrug: 408 145, 227 984, 192 430 und endlich im letzten Jahre nur noch 67 993, also circa 1/3 der des großen Streikjahres 1906. Der U s g a n g der Streiks ist im letzten Jahre für die Arbeiter etwas ungünstiger geworden. Während 1907 noch 16,4 Proz. aller Streiks für die Arbeiter mit vollem, 41,0 Proz. mit teilweisem, und nur 42,5 Proz. ohne Erfolg endeten, waren diese Ziffern 1908: 16,1, 31,7 und 52,3.

Die Zahl der Aussperrungen hat sich gleichfalls vermindert von 246 auf 171. Auch hier hat sich der Ausgang für die Unternehmer günstiger gestaltet, indem im Vorjahre noch 63,0 Proz. der Aussperrungen einen vollen, 30,9 Proz. einen teilweisen und 6,1 Proz. keinen Erfolg hatten, im Jahre 1908 aber 45,5 Proz. einen vollen, 48,4 einen teilweisen und 6,1 Proz. keinen.

Bournville.

In einem früheren Artikel („Zur Wohnungsfrage“ in Nr. 26 und 27 des V.-M. 1908) haben wir schon auf die englische Gartenstadt Bournville bei Birmingham hingewiesen, wo eine der bedeutendsten sozialen Fragen der Gegenwart, eben die Wohnungsfrage, für einige Tausend Arbeiter eine glückliche Lösung gefunden hat. Gegenüber der Tat- und Machtlosigkeit, zu der sich bei uns in diesen Dingen Staat und Stadt kläglich bekennen, ist es besonders interessant, zu sehen, zu was für Resultate es

allein die starke Initiative eines einzelnen bringen kann, wenn ihm die entsprechenden Mittel zu Gebote stehen.

Der geistige Vater von Bournville ist der Kakaofabrikant George Cadbury, der die Stadt im Jahre 1879 gründete und schon damals die ersten Häuser entstehen ließ. Doch fällt der eigentliche Aufbau des Ortes in die Mitte der neunziger Jahre. Die Beweggründe des Erbauers waren verschiedener Natur; seine Absichten entsprangen in der Hauptsache aber aus der Ueberzeugung, daß die erbärmlichen Arbeiterwohnverhältnisse, wie er sie in Birmingham beobachtet mußte, die Gefahr sowohl einer physischen wie sittlichen Degeneration der Arbeiter offenbarten. Von der Unabänderlichkeit der sozialen Zustände keinswegs überzeugt, beschloß er, ein praktisches Experiment zu machen und die bei ihm beschäftigten Arbeiter, etwa 4000 an der Zahl, der Wohnungsnot zu entziehen.

Cadbury kaufte, etwa eine deutsche Meile von Birmingham entfernt, 200 Hektar Land, die von einem Fluß durchzogen wurden und zum Teil mit prächtigem Landbau bestanden waren. Etwa 730 Morgen wurden zur Ansiedelung bestimmt und die Größe des einzelnen Grundstücks auf 550 Quadratmeter bemessen. Jedes Grundstück darf nur zu einem Viertel bebaut werden. Der sechste Teil des ganzen Ansiedelungsterrains blieb von vornherein für öffentliche Anlagen reserviert. Um der Stadt den ländlichen bzw. den Gartencharakter zu erhalten, wurde bestimmt, daß weder eine Fabrik noch ein Laden gebaut werden dürfen, die mehr als ein Fünftel der Fläche einnehmen, auf der sie sich etablieren. In der ersten Zeit wurden die Häuser verkauft, das Land auf 99 Jahre verpachtet. Cadbury überzeugte sich aber bald, daß es falsch sei, das Eigentumsrecht an den Häusern abzugeben, denn es machte sich sofort das Bestreben bemerkbar, die Häuser mit Nutzen weiterzuverkaufen. Es lag auf der Hand, daß das ganze Unternehmen, den Arbeitern gute und billige Wohnungen zu verschaffen, wieder scheitern müßte, wenn der Spekulation irgendeine Möglichkeit gegeben war, sich zu betätigen. Nachdem etwa 130 Häuser verkauft waren, wurde der Verkauf ganz eingestellt, und seit jener Zeit muß, wer in Bournville wohnen will, sich eine Wohnung mieten. Damit war der Spekulation ein wirksamer Niegel vorgeschoben. Der Ort wurde zu einem Bau-Unternehmen, das die Zinsen des Anlagekapitals durch die Vermietungen bequem deckte.

Um das sich hier und da noch äuernde Mißtrauen der Arbeiter ganz aufzuheben, tat Cadbury einen bedeutungsvollen Schritt. Er verzichtete auf sein Eigentumsrecht an Bournville und machte aus dem Bau-Unternehmen eine öffentliche Stiftung, was einer Schenkung von 4 bis 5 Millionen Mark gleichkommt. Aus den Erträgen der Stiftung werden neue Bauten errichtet, und sie sollen ferner dazu dienen, neues Bauland anzukaufen, wenn das vorhandene vollbestiedet ist. Auf diese Weise erhielt die Einwohner Bournvilles ihre Stadt zum Gesamteigentum und zur eigenen Verwaltung, die nur insofern wohlthätig beschränkt ist, als sie bei der Uebernahme an die Grundstücke gebunden wurde, die der Stifter Bournvilles für unerlässlich hält zu weiterem Gedeihen und die gerade von den Arbeitern unterzeichnet werden können. Sie lagen im wesentlichen, daß an dem Gartencharakter Bournvilles nichts geändert werden dürfe und daß der Ort als ein Beispiel gedacht sei, wie die Uebel zu mildern seien, welche von der ungesunden und ungenügend behaglichen Lebensweise der Arbeiterklasse herkommen. Schon den Kindern in der Schule wird ferner bekannt getan, daß es als eine Verleugung der Absichten des Gründers gelten würde, wenn irgend jemand von den dort gewährten Vorteilen aus politischen oder religiösen Gründen ausgeschlossen werde. So darf man denn wohl sagen, daß die Gartenstadt Bournville nicht zu vergleichen ist mit den sogenannten „Wohltätigkeits“-Produkten, die wir ja in aller Welt finden, die aus eigennützigem Unternehmerinteresse erwachsen sind und meist nur den Zweck haben, die Arbeiter abhängiger zu machen.

Der blasser Meid kann einen beschleichen, wenn man die Arbeiterstadt Bournville in den prächtigsten Farben geschildert sieht und dabei an die Höhlen denkt, die dem Arbeiter sonst im allgemeinen und fast überall als Wohnung dienen. In Bournville wohnen die Arbeiter teils in Ein-, teils in Mehrfamilienhäusern, die aber in keinem Falle zu Mietkategorien anwachsen, sondern in der Regel nur zwei, drei oder vier Familien beherbergen. So eine Arbeiterwohnung enthält in der Regel — kleine Abweichungen kommen vor — 3 Schlaf-, 2 Wohnzimmer, eine Küche, ein Badezimmer und die sonst üblichen Nebenräume (Wäschstube usw.). Für eine solche, man möchte fast sagen „herrschaftliche“ Wohnung, zahlt der glückliche Bürger von Bournville nicht mehr als 250—300 Mark jährlich, d. h. einen Preis, wie er in Berlin etwa für eine Hofwohnung, die eine Etage und Küche enthält, üblich ist! Zu berücksichtigen ist ferner, daß zu jedem Hause ein Garten gehört, dessen Anbauwert (Gemüse usw.) auf durchschnittlich 100 Mark jährlich geschätzt wird. Uebrigens wird den Einwohnern Bournvilles weiteres Land, das sie etwa zu bewirtschaften gedenken, für billige Pacht außerhalb des eigentlichen Stadtkreises zur Verfügung gestellt.

Erweist schon Art und Lage der Wohnungen, ein wie großes Gewicht auf den hauptsächlichsten Faktor, den gesundheitlichen, gelegt wurde, so ist damit doch die Reihe der hygienischen Wohlthaten keineswegs erschöpft. Breite, baumbestanzte Straßen, große Parks und Rasenflächen, Sport- und Turnplätze, Bade- und Schwimmgelegenheit im großen Bassin sorgen ferner dafür, daß den Erwachsenen kein Mittel zu ihrer Gesundheitspflege fehle — und es ist selbstverständlich, daß für die heranwachsende Menschheit erst recht in ausreichender Weise auf ihre Spiel-, Schutz- und sonstigen Bedürfnisse Rücksicht genommen wurde. Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Cadburys, der natürlich keine Kakaofabrik nach Bournville verlegte, erhalten wöchentlich mehrere Stunden für turnerische Übungen frei. Aber auch die Alten sieht man in ihren Freistunden bei lebhaftem, fröhlichem Spiel und Sport, und sie, die vielfach ein trübes, gedrücktes Leben hinter sich haben, leben noch einmal auf wie in einem neuen Dasein. Für den Fall ihrer Invalidität haben sie schon gar nichts zu befürchten; sie erhalten Altersrenten und können in eins der „Armenhäuser“ — die in Wahrheit kleine prächtige Villen sind — aufgenommen werden. So ist es denn kein Wunder, daß die Sterberate in Bournville fortwährend im Sinken ist; schon im Jahre 1901, als sie in Birmingham 19.9 betrug, stand sie in Bournville auf 8.8 und ist inzwischen noch weiter ge-

sunken — ein Beweis für die Vortrefflichkeit der Cadburyschen Idee, aber zugleich auch ein erschreckender Beweis für die tödliche Wirkung der sonst üblichen Menschenanhäufung.

Der Gründer von Bournville hätte seine Arbeit nicht ganz getan, wäre er nach Erfüllung aller gesundheitlichen Anforderungen der Meinung gewesen, sein Werk sei schon vollständig. Aber er hat von vornherein die Schönheit neben die Gesundheit gestellt, und so ist Bournville nicht nur ein gesunder, sondern auch ein schöner Wohnort geworden. Schon die Wahl des Terrains, das sich einer bevorzugten landschaftlichen Lage erfreut, geschah unter Berücksichtigung des ästhetischen Gesichtspunktes, ebenso die Anlage des Ortes. Für einen, der dann doch endlich sparen wollte, lag es nahe, nur einen Architekten mit der Ausarbeitung einiger Normalpläne zu beauftragen und so dem ganzen Ort etwas Uniformes zu geben. Cadbury hat diese Geschmacklosigkeit vermieden und verschiedene Baukünstler herangezogen, die für das individuelle Gepräge der Häuser sorgten, die Architektur sowohl dem Zweck wie der vorhandenen Umgebung anpaßten und das Akzentuöse vermieden. Das schönste Gebäude in Bournville ist die Schule — ein charakteristischer Zug des Gründers, der auch Gärtner-Lehrkurse veranstaltet und so versucht, den Sinn für das Schöne zu wecken. Die Hausgärten werden — „der reinste Sozialismus“! — werden unsere Gegner sagen — von städtischen Gärtnern angelegt, damit alle Einzelbilder sich schön und planvoll in das Große und Allgemeine einordnen. Die spätere Pflege ist Pflicht der betreffenden Hausmieter.

In diesem, uns fast märchenhaft anmutenden Paradies, stehen gegenwärtig ungefähr 700 Häuser mit einer Einwohnerzahl von etwa 3000. Offenbar wohnen nicht alle Cadburyschen Arbeiter hier, wie denn der Ort überhaupt keineswegs nur für bestimmte Klassen oder ein bestimmtes Fabrikpersonal gebaut wurde. Die Stadt Bournville steht, soweit er eine passende Wohnung finden kann, jedem offen. Es ist aber ganz selbstverständlich, daß Bournville in der Hauptsache Arbeiterstadt ist, und daß ein aus so gemeinnützigem Motiven entsprungenes Unternehmen den Proletariern gewisse Vorrechte in der Besetzung der Wohnungen einräumt. Der Ort hat übrigens, wenn sein Platz ganz ausgenutzt wird, für 8000 Einwohner Raum — eine Zahl, die in nicht allzuferner Zeit erreicht sein dürfte; denn die Menschen drängen sich nach diesem Eden, trotzdem es — oder weil? — es ein Stückchen Sozialismus verkörpert, soweit die Wohnungsfrage damit zu tun hat. Es scheint also doch, als ob eine, wenn auch noch so bescheidene Anwendung sozialistischer Grundsätze in der Praxis durchaus nicht die abschreckende Wirkung zeitigt, die uns von unseren Feinden höhnisch geweisslagt wird!

Als Kuriosum sei erwähnt, daß Bournville nicht eine einzige Skene hat. Ein Ausschank alkoholischer Getränke darf nur errichtet werden, wenn ein einmütiger Beschluß der Verwaltung ihn genehmigt; sollte ein solcher Beschluß aber wirklich einmal gefaßt werden, so soll der Profit aus dem Verkauf der Getränke zur Bekämpfung des Alkoholismus dienen! Ein prächtiges Versammlungslokal, das 1500 Personen faßt, steht den Bournvillern zur Verfügung — und so ist kaum zu befürchten, daß sie den Alkoholismus jemals auf eine andere Art werden bekämpfen müssen, als auf die, die am wirksamsten in der bloßen Existenz eines solchen Ortes wie Bournville liegt!

Lohnbewegung.

Zugang ist strengstens fernzuhalten nach Guxhaven und Oldenburg (Grhh.).

3. Bezirk.

Die Aussperrung in Guxhaven und Oldenburg dauert fort. Die Unternehmer in beiden Orten gehören dem Arbeitgeberverband für das Malergewerbe nicht an, aus reiner Willkür wurde von ihnen plötzlich die Aussperrung infolgezert. In der gesamten Meisterpresse erschien deshalb auch kein Inserat, daß in den Aussperrungsorten Malergehilfen gesucht würden. Eine Ausnahme machte nur die „Malerzeitung“ in Leipzig, die für Streikbrecher ihre Spalten öffnete. Auch die Nummer 6 des „Deutschen Guttempler“ vom 14. März enthielt folgendes Inserat:

Firma 20-25 Malergehilfen für dauernde Arbeit bei 50 S Stundenlohn für Nordseebad Guxhaven gesucht. Nur Guttempler (nicht organisiert) wollen sich schriftlich melden bei

H. Strobel, Malermeister, Guxhaven.
Mitgl. d. Loge „Friedenshafen“ Nr. 428.

Hoffentlich wird dem Einsender in seinem „Friedenshafen“ die Zeit nicht zu lang, bis er die sehnsüchtig erwarteten Stoßfische angelte kann. Nachgerade Zeit wird es aber, daß sich die organisierten Arbeiter einmal etwas näher mit diesem Guttemplerorden beschäftigen.

5. Bezirk.

Zwickau. Nach langwierigen Verhandlungen ist hier am 1. März ein Lohnvertrag — abgeschlossen auf Grundlage des Normaltarifs — in Kraft getreten, dessen wichtigste Bestimmungen sind: Die 9½stündige Arbeitszeit, Stundenlohn für Malergehilfen über 20 Jahre 44 S, unter 20 Jahren und Ausreicher 39 S. Für Ueberstunden werden 11 S, für Sonntags- und Nachtarbeiten pro Stunde 22 S, für Gerüstbau pro Stunde 5 S Zuschlag und bei Wandarbeiten für Verbeiratete 2— A, für Leigie 1.50 A pro Tag Zuschlag gezahlt. Im übrigen ist, wie schon erwähnt, der Normaltarif maßgebend. Die festgesetzte Gegenleistung, von deren Wirkung sich die hiesigen Meister wahre Wunder zu versprechen scheinen, entspricht in den meisten Teilen der in Leipzig und Eisenach bestehenden. Mit der nun einsetzenden allgemeinen Arbeitsgelegenheit werden wir hier auf strikte Durchführung des neuen Tarifes dringen müssen, denn freiwillig scheinen die hiesigen Unternehmer nicht allenthalben ihren Verpflichtungen ungesäumt nachkommen zu wollen.

Caalsfeld a. S. Die hiesigen Kollegen stehen seit einiger Zeit in der Lohnbewegung. Auf die eingereichten Forderungen, die eine Verbesserung des bisherigen Tarifes be-

zwecken, haben die Arbeitgeber bisher noch nicht geantwortet, trotzdem diese bis zum 15. März von uns erbeten war. Da, wie es scheint, die Fassung der Arbeitgeber eine ablehnende ist, haben wir nicht auf eine friedliche Erledigung der Lohnbewegung zu rechnen. Wir bringen dies hier mit den Kollegen Deutschlands zur Kenntnis mit dem Ersuchen, Saalfeld zu meiden.

Aus unserem Berufe.

* Die Beschäftigung von Soldaten bei Maler- und Anstreicherarbeiten ist ein Mißstand, gegen den unsere Kollegen immer und immer wieder anzukämpfen gezwungen sind, weil hierbei die Lohnbruderei die wichtigste Rolle spielt. Wie uns berichtet wird, lag in Me e g ein ähnlicher Fall vor. Unsere Kollegen wandten sich deshalb mit einer Beschwerde darüber an das Kriegsministerium, daß ein Malermeister in den Kasernen und Forts Soldaten als Maler für 1 A täglich beschäftigte und sich dafür vom Militärkassens 4 A bezahlte ließ. Daraufhin verbot der Kriegsminister, Soldaten weiter zu beschäftigen; auch mußte der Malermeister die Summe von 190 A zurückzahlen.

Brandenburg a. S. (Situationsbericht.) Wir wollen, am Schluß unseres Geschäftsjahres angekommen, den Kollegen einen kurzen Einblick in unsere Verhältnisse geben. Das abgelaufene Jahr hat unserer Filiale keinen Rückschlag gebracht. Angesichts der Krise, die in unserm Ort mit seiner hochentwickelten Industrie geradezu vernichtend wirkte, immerhin bemerkenswert. Unsere Filiale zählte am 31. Dezember 1907 123 Mitglieder, am 31. Dezember 08 124. Nach geleisteten Beiträgen berechnet, hatten wir einen durchschnittlichen Mitgliederbestand von 126. Wenn man nun noch in Betracht zieht, daß sich der Versammlungsbesuch im Berichtsjahre um ein wenig gebessert hat, so könnte man, oberflächlich betrachtet, ganz zufrieden sein. Trotzdem sind wir nicht auf Rosen gebettet. Nicht nur die versuchte Kündigung des Lohntarifs — die auf Betreiben des Arbeitgeberverbandes wieder rückgängig gemacht wurde — sondern noch Duzende anderer Fälle beweisen uns mit aller Deutlichkeit, daß wir es hier in Brandenburg mit einem besonders rückständigen auf einem verböhrten Herrenstandpunkt stehenden Unternehmertum zu tun haben. Das Verhalten unserer Kollegen diesem „Meisterium“ gegenüber ist allerdings auch nicht ganz einwandfrei, sonst wären manche Vorgänge schlechterdings unmöglich. Kollegen! Etwas mehr Steifnacktheit einem Arbeitgeber gegenüber — der besten Falles — Euch für 9 Monat im Jahr beschäftigen kann, und den es bei aller Christlichkeit nicht kümmert, woher Ihr im kalten Winter Nahrung, Heizung und Kleidung nehmen könnt. — Zeigt, daß Ihr Männer seid und die ewigen Klagen über Nichterhaltung des Tarifes werden bald schwinden. Ein Stundenlohn von 42—45 Pfg. — der erst durch Kampf errungen werden mußte — ist für Brandenburg Verhältnisse ein Hungerlohn im wahren Sinne des Wortes. Unsern Meistern aber, die durchwegs in wenig Jahren zu Haus und Hof, Glanz und Würden gekommen sind, ist dieser erbärmliche Sold viel zu hoch. Nicht nur, daß nur in den allerersten Fällen über den Minimallohn hinausgegangen wird, (keinesfalls über 48 Pfg.), nein, man sucht noch hier und dort Bestimmungen des Tarifes zu durchbrechen. Man erhöht die Provision in oft geradezu schamloser Weise, nach dem Grundlag: Geld sinkt nicht. — Sind die Herren einig, wenn es gegen die Gehilfen geht, so liegen sich dieselben Herren kräftig in den Haaren, wenn es gilt, ihre ureigensten Interessen zu wahren. So haben in der jüngsten Zeit — bei der Abgabe von Offerten — Unterbietungen stattgefunden, die wohl einzig dastehen dürften. Die ob solcher Manipulationen bei Freund und Feind gleich bekannte und gleich „beliebte“ Firma ist die Firma Eichmann. Die letzten Mitgliederversammlungen haben sich ausschließlich mit dieser Werkstatt beschäftigt, und die Ortsverwaltung beauftragt, gegen diese Firma bei der ersten sich bietenden Gelegenheit mit der Sperre vorzugehen. Ein solcher Beschluß, angesichts der anhaltend schlechten Konjunktur, angeht die Tarifsache, daß noch viele unserer ortseingewohnten Kollegen arbeitslos auf der Straße umherirren! Wahrscheinlich, es muß böß in dieser Werkstatt aussehen! — Dafür nur ein Beispiel: Der § 3 unseres Tarifes lautet: „Akkordarbeit ist möglichst zu vermeiden; von diese aber dennoch zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart wird, müssen die Abmachungen unter Garantie des bisherigen Stundenlohnes schriftlich fixiert und gegenseitig unterschrieben werden.“ Die Firma E. schert sich den Teufel darum und teilt in unschöner Weise die durch den Winter gezeitigte Notlage aus. — So wurde z. B. für große dreiteilige Fabrikfenster 50 Pfg. bezahlt, so daß selbst der tüchtigste Arbeiter bei größtem Fleiße nicht den Stundenlohn erreichen konnte. Dessenungeachtet wurde nur der Akkordlohn gezahlt. — Wollte man alle Schikanen und Proffitionen aufzählen, so würde der Raum unseres Blattes kaum ausreichen. Aufsicht und Treiberei spotten jeder Beschreibung. Vater, Sohn und zwei Holiere sind die Leiter dieser Musterwerkstatt mit gegenwärtig 12 Gehilfen. Für die jedenfalls enormen kaufmännischen Arbeiten ist außerdem eine Buchhalterin angestellt. Dabei beschäftigte E. in den letzten Jahren im Jahresdurchschnitt, die Antreiber eingerechnet, höchstens 5 Gehilfen. — Verschentlich wurde in diesem Winter vom Sohn des E., der als Geschäftsführer figuriert, ein Mitglied unserer Verwaltung eingestellt, und am selben Tage, als sich der Irrtum aufklärte, wieder entlassen. Wibbegierig, wie unser Kollege nun einmal ist, suchte er den Grund der Entlassung zu erfahren, bekam aber nur Ausflüchte als Antwort zu hören. — Bei dieser Gelegenheit wurde unserm Kollegen aber doch ein Licht aufgeleuchtet. Der Meister sagte: „Hören Sie mal, wenn wir einen Gehilfen, der uns nicht paßt, entlassen, so bekommt er gegen unsern Willen in Brandenburg keine Arbeit.“ In diesem Wort steckt ein wahrer Kern. Unsere Meister stehen sogar mit den Industriegewaltigen im Wüdnis. — Bei der Werkfirma „Gebr. Reichstein, Brennaborfabrik“ wurden Kollegen von der Einstellung ausdrücklich mit dem Bemerkten ausgeschloffen, weil sie sich bei dem Malermeister G. Richter „ungehörlich“ betragen hätten. — Ein Schmerzenskind ist für uns die Kinderwagenlackerwerkstelle der Gebr. Reichstein. Wie alljährlich wurden dort auch in diesem Jahre Ueberstunden

gearbeitet, trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit. Man entschuldigt diesen Umstand mit Platzmangel, und es trifft zu, daß in den dafür vorhandenen Räumen weitere Einteilungen unmöglich wurden. Dieser Platzmangel ist aber in dieser Abteilung chronisch und kehrt seit einer Reihe von Jahren in schöner Gleichmäßigkeit wieder, so daß bei einiger Energie der beteiligten Kollegen und einigem guten Willen seitens der Firma diesem Uebel längst abgeholfen sein müßte.

Alle diese Tatsachen sollten zu denken geben. — Solche unlautere Machinationen halbigt zu zerstören, ist Sache der Kollegen. Schüttelt Gleichgültigkeit und Gerechtigkeit von Euch ab. Ginein in die Organisation! Ginein in die Versammlungen! — Laßt diese Mahnrufe nicht an Euren Ohren vorbeifallen, und es wird auch hier wieder erfreulich vorwärts gehen.

Überswalde. Das Jahr 1908 war für unsere Filiale ein gerade nicht sehr bewegtes. Der Mitgliederbestand am Jahresabschluss betrug 51, der Kassenbestand stellte sich auf 385,43 Mk. (1907: 238,74 Mk.). Abgehalten wurden 20 Mitgliederversammlungen, die durchschnittlich von 25 Kollegen besucht wurden. Was nun die Arbeitslage betrifft, kann berichtet werden, daß sie durchaus keine gute ist, denn es herrscht eine Arbeitslosigkeit, wie sie seit Jahren hier nicht gewesen ist. Gleichzeitig machen die Unternehmer sich auch die Krise zunutze, indem sie alle, die uns den Rücken gefehrt haben, beschäftigen; es werden sogar die verkommensten Elemente, Leute, die 1906 als Streikbrecher fungierten, wahrscheinlich aus Dank dafür, jezt beschäftigt. Auch trägt die Behringszuchterei einen großen Teil zur Arbeitslosigkeit bei; beschäftigt doch der Meister K., der allen Kollegen, die hier schon gearbeitet haben, bekannt ist, allein 7 Behrlinge und zurzeit 2 Gehilfen. Die Folge der ungünstigen Verhältnisse ist, daß die Dachstabenmeister wie Pilze aus der Erde wachsen, und sich die „Herren im Hause“ dadurch selbst eine große Konkurrenz schaffen, die uns Gehilfen natürlich auch nicht zum Segen gereicht. Der 1. Mai wurde laut Versammlungsbeschluss von allen Kollegen gefeiert und eine sechstägige Aussperrung war die Folge; denn die Herren Meister konnten nicht umhin, Nachse zu üben für die 1906 mit großer Einmütigkeit durchgeführte Lohnbewegung. Sollte man nun trotz der Vorwommisse glauben, daß auch die Versammlungen von allen Kollegen besucht wurden, so irrt man sich gewaltig, denn die Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit ist hier gerade zu Hause. Es sind immer dieselben Gesichter, die in die Versammlungen kommen. Gerade die jüngeren Kollegen sind es, die fehlen, denen die Aufklärung am meisten not tate. Kollegen! Denkt an die Zeit, die uns am Ende d. J. bevorsteht. Die Arbeitgeber stehen gerüstet und geschlossen uns gegenüber, um im gegebenen und geeigneten Moment uns einen Schlag zu versetzen. Darum „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Es gilt auch für uns zu rüsten und zu wachen, zu agitieren und zu organisieren, um nicht dem Unternehmertum wehrlos in die Hände zu geraten. Besucht besser die Versammlungen und rüchtet die Sämlinge auf! Dann stehen wir geschlossen da, dann können wir auch der kommenden Zeit frohen Mutes ins Auge schauen. „Einigkeit macht stark!“ So wollen auch wir den Wahlspruch bei uns wahr machen.

Sagan. (Situationsbericht.) Schon seit mehreren Jahren ringen die Kollegen unsrer Filiale (Sagan und Sprottau) um ein geregeltes Lohn- und Arbeitsverhältnis. Als im Jahre 1907 der erste Tarifentwurf an die Maler-Brüdersinnung abgesandt worden war, kam es infolge Mangels an sozialem Verständnis der Innungsmeister zu einer Aussperrung, an der sich die maßgebendsten Innungsmeister nicht beteiligten. Durch das einige geschlossene Zusammenhalten der ausgesperrten Kollegen gelang es damals, binnen 14 Tagen dieser sogenannten Aush-Aussperrung die Spitze zu brechen und der Sieg blieb somit auf unsrer Seite. Fast in den meisten Betrieben konnte unser Tarif auf 1 Jahr abgeschlossen werden. Anders sah es nun im vorigen Jahre aus. Nachdem der erste Tarif abgelaufen war, wurde ein zweiter verbesserter Tarif eingereicht, der aber bis heute nur eine provisorische Gültigkeit erhalten konnte. Durch die schlechte Konjunktur einerseits und andererseits durch die Uneinigkeit, Mutlosigkeit und Unentschlossenheit, die unter den Kollegen beider Städte platzgegriffen hatte, war es nicht möglich, den Kampf aufzunehmen. Durch Eintreten dieser letzten Vorwommisse kam es nun, daß ein großer Teil der Sprottauer Kollegen die Fahnenflucht ergriff und es uns bisher nicht möglich war, sie für unsere Sache wiederzugewinnen. Wohl reicht es bei diesen Kollegen zu allen möglichen Klimbimvereinen, aber zu den paar Groschen zu Verbandszwecken will es nicht mehr reichen. Und gerade bei den letzteren Kollegen sind die wirtschaftlichen Verhältnisse die schlechtesten. Kommt man dann zu dem übriggebliebenen Stamm und versucht etwa wankelmütig gewordene Kollegen aufzumuntern, so können uns — dies auch einigen Saganer Kollegen zur Belehrung — folgende drastische Worte entgegen:

Ich trete aus!

Wie oft und bei den verschiedensten Gelegenheiten stößt man doch immer wieder auf die nicht geringe Zahl von Leuten, die einer Berufsorganisation bereits angehören, die aber sofort, wenn irgend etwas eintritt, was ihnen nicht behagt, oder was sie sich nicht auf den ersten Blick erklären können, mit der Drohung bei der Hand sind: „Ich trete aus!“ Wie das letzte Mittel der Könige die Kanone ist, so stellen sich jene Raben in der modernen Arbeiterbewegung dieses „geflügelte Wort“ als das zweckentsprechende Pressemittel dar, um ihren Willen mitunter auch gegen die Meinung der Majorität durchzusetzen. Was immer die Organisation unternimmt, immer verfallen solche im Grunde ihrer Seele oftmals recht brave Menschen, daß sie eine Handlung zugleich allen recht ist und daß ein organisatorisches Gebilde eben nur dann bestehen kann, wenn sich der einzelne der Gesamtheit unterordnet. So sehr man jede freie Meinungsäußerung auch innerhalb einer Organisation als der Erkenntnis-erweiterung dienlich und den Gesamtinteressen nützlich anerkennen muß, so darf doch nie vergessen werden, daß jede ideale Institution in dem Moment aufhören müßte,

sobald jeder einzelne seine Mitwirkung an einem gemeinsamen Werke nur deshalb versagt, weil er seine Person und Meinung über alles stellt und jedes Majoritätsprinzip grundsätzlich verachtet. Zu keiner Zeit kann das „Ich trete aus!“ die Devise der Selbstzerfleischung, so verhängnisvoll werden, als dann, wenn wir ihr am häufigsten begegnen, und zwar nach einem aussichtslos oder mit nicht allseitig befriedigenden Ergebnissen beendeten Lohnkampf. Hier erhebt sich in der Regel sofort die ganze Schar der Schwachmütigen und Verzweifelten, denen es scheint, als wären alle Brücken zerbrochen und der einzelne, der in solchen Situationen seinen Kollegen das resignierte, von Stummer Unterwerfung zeugende „Ich trete aus!“ zuraunt, kann hier in der Tat zuweilen recht arges Unheil anrichten. Die Psyche des Lohnarbeiters entspricht bekanntlich nur allzusehr dem bangen Zweifel und der verzagenden Hoffnungslosigkeit, die nur durch eine gründliche prinzipielle Schulung in der Organisation beseitigt werden können. In dieser Aufgabe wirkt nichts störender, und für nichts ist der nicht- oder halbdurchgebildete Arbeiter empfänglicher, als für das jede Zukunft feige preisgebende „Ich trete aus!“ Gelangt irgend eine Aktion der Gewerkschaft nicht so, wie man sie erwartet hatte, bleibt eine Intervention derselben bei einem Unternehmer erfolglos, so kommt natürlich immer wieder der letzte Trumpf, das Instrument, das man der Organisation entgeschlendert: „Ich trete aus!“

Weil ein Erfolg ausgeblieben ist und eine Sache nicht durchzusetzen war, erklären sie mit ihrer Drohung „jemandem“ Trost bieten zu wollen, während sie, genau genommen, doch nur selbst dieser „jemand“ sind, der durch ihr eigentümliches Verhalten getroffen wird. Statt gerade dann, wenn die Organisation einen Misserfolg oder wenigstens keinen vollen Erfolg zu verzeichnen hat, daraus die Lehre zu ziehen, daß nun alle Kräfte angepannt werden

müssen, um Versäumtes nachzuholen, erklären sie wie trostige Kinder, „nicht mehr mitun zu wollen“ und verleiten auch andere zur Fahnenflucht, pflanzen Mißmut und Verzagtheit, wo Aufmunterung und Belehrung der Schwachmütigen am Platze wären. Sie werden so, ohne daß sie es ahnen und beabsichtigen Helfershelfer der Unternehmer, die nichts sehnlicher wünschen, als daß die Organisation zurückgehen, daß Mißstimmung und Verzagtheit die Reihen der Kämpfenden lichten möge. Bei jeder Gelegenheit beraten die Unternehmer, wie sie eine Schwächung der Arbeiterorganisationen herbeiführen können, und das Mittel hierzu wäre doch gar zu einfach, wenn wirklich ein jeder, durch die mangelnde Stärke einer Gewerkschaft herbeigeführte Misserfolg die Arbeiter davon überzeugen könnte, wie notwendig es sei, daß man jetzt — austritt! So liegt also in dem leichtsinnigen und garstigen Worten „Ich trete aus!“ eine ganze Welt der Reaktion, die aller kulturellen Fortentwicklung hindernd im Wege steht.

Werte Kollegen! Mögen euch diese Worte bis ins Innerste dringen, in euch neuen Kampfesmut erwecken, so wie auch zur Mitarbeit in der zu entfaltenden Agitation für den weiteren Ausbau zur Hebung unseres Verbandes für das kommende Frühjahr entschließen, dann werden die Früchte nicht ausbleiben. Darum „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“

Statistisches aus dem 4. Bezirk.

Um über die Durchführung und Innehaltung der abgeschlossenen Tarife eine genaue Uebersicht zu erhalten, wurde im Sommer v. J. eine Statistik aufgenommen, deren Resultat die Kollegen aus nachstehender Tabelle ersehen können.

Ort	Die tariflich festgesetzte Arbeitszeit in Stunden	Es arbeiteten			Die tariflich vereinbarten Stundenlohn	Die tatsächlich geleisteten Stundenlohn	Unterschied	Der Durchschnittslohn betrug				Tarifliche Bezahlung erhielten für				Nicht tarifliche Bezahlung erhielten
		10 Stunden	9 1/2 Stunden	9 Stunden				unter 20 Jahren	über 20 Jahren	für alle im Jahre 1906	Ueberstunden	Nacharbeit	Contingentsarbeit	Ueberstunden	Nicht tarifliche Bezahlung erhielten	
Filiale Aachen, Maler	10	128	3	—	42 n. 45	30-60	10	40	47	46	43	26	12	2	23	4
Filiale Aachen, Lackierer	—	10	2	—	—	35-60	—	—	—	42	44	—	—	—	—	7
Filiale Bielefeld, Maler	10	92	—	—	42 n. 45	43-52	2	44	47	46	43	45	19	28	22	10
Filiale Bielefeld, Lackierer	—	—	14	—	—	43-50	—	—	—	45	41	—	—	—	—	3
Filiale Bochum, Maler	10	47	—	—	46 n. 50	42-65	4	47	52	51	48	13	10	7	10	—
Filiale Bochum, Lackierer	—	2	1	—	—	40-45	—	—	—	43	—	—	—	—	—	—
Filiale Köln, Maler	9	29	23	124	51 n. 55	42-110	36	49	59	55	53	51	35	39	31	36
Filiale Köln, Lackierer	—	36	1	1	—	35-63	—	—	—	52	48	—	—	—	—	—
Filiale Mülheim, Maler	—	8	—	—	—	45-55	—	—	—	55	49	—	—	—	—	—
Filiale Mülheim, Lackierer	—	9	—	3	48	48-58	—	—	—	52	48	—	—	—	—	—
Filiale Bonn, Maler	—	23	—	—	—	45-55	—	—	—	50	41	—	—	—	—	8
Filiale Bonn, Lackierer	—	7	8	1	42 n. 50	43-52	4	46	48	48	49	4	3	3	—	—
Filiale Gummersbach, Maler	9 1/2	6	—	—	—	40-50	—	—	—	46	—	—	—	—	—	—
Filiale Gummersbach, Lackierer	—	8	—	—	—	45-48	—	—	—	45	47	—	—	—	—	4
Filiale Wermelskirchen, Maler	—	8	—	—	—	45-48	—	—	—	47	41	—	—	—	—	—
Filiale Wermelskirchen, Lackierer	—	8	—	—	—	45-48	—	—	—	47	41	—	—	—	—	—
Filiale Wermelskirchen, Maler	10	114	—	—	42 n. 45	30-70	8	40	47	46	43	35	8	6	14	6
Filiale Wermelskirchen, Lackierer	—	18	—	—	—	35-65	—	—	—	50	—	—	—	—	—	15
Filiale Wermelskirchen, Maler	—	9	—	—	—	40-48	—	—	—	46	—	—	—	—	—	1
Filiale Wermelskirchen, Lackierer	—	11	—	—	—	38-50	—	—	—	44	41	—	—	—	—	—
Filiale Detmold, Maler	—	2	17	—	—	30-48	—	—	—	42	41	—	—	—	—	10
Filiale Detmold, Lackierer	—	2	—	—	—	30-48	—	—	—	42	41	—	—	—	—	—
Filiale Dortmund, Maler	10	130	—	—	48 n. 50	40-60	6	48	52	50	49	67	60	60	35	3
Filiale Dortmund, Lackierer	—	6	—	—	—	35-47	—	—	—	44	—	—	—	—	—	—
Filiale Herford, Maler	10	12	—	—	51 n. 53	45-63	6	49	54	52	49	5	4	4	—	1
Filiale Herford, Lackierer	—	10	—	—	—	45-50	—	—	—	47	45	—	—	—	—	9
Filiale Herford, Maler	—	23	—	—	—	42-50	—	—	—	49	—	—	—	—	—	6
Filiale Herford, Lackierer	—	5	—	—	—	42-60	—	—	—	50	—	—	—	—	—	2
Filiale Herford, Maler	—	20	—	—	—	45-55	—	—	—	49	46	—	—	—	—	2
Filiale Herford, Lackierer	—	6	—	—	—	45-50	—	—	—	46	—	—	—	—	—	—
Filiale Herford, Maler	—	8	—	—	—	40-50	—	—	—	44	—	—	—	—	—	4
Filiale Herford, Lackierer	—	8	—	—	—	40-50	—	—	—	44	—	—	—	—	—	—
Filiale Duisburg, Maler	10	51	—	—	45 n. 48	43-60	2	46	50	49	46	28	16	17	20	3
Filiale Duisburg, Lackierer	—	28	—	—	23 n. 25	35-50	—	29	44	42	39	26	24	24	27	—
Filiale Düsseldorf, Maler	10	20	1	212	48 n. 54	42-69	12	50	56	55	46	104	60	54	74	13
Filiale Düsseldorf, Lackierer	—	9	—	8	—	40-55	—	—	—	50	44	—	—	—	—	9
Filiale Düsseldorf, Maler	—	10	—	—	—	38-50	—	—	—	46	—	—	—	—	—	1
Filiale Düsseldorf, Lackierer	—	4	—	—	44 n. 48	42-56	5	47	51	50	47	80	42	43	26	7
Filiale Düsseldorf, Maler	—	10	—	—	—	24-48	—	—	—	38	—	—	—	—	—	—
Filiale Düsseldorf, Lackierer	—	10	—	—	44 n. 48	45-55	1	50	50	50	—	6	4	4	1	1
Filiale Düsseldorf, Maler	—	10	62	—	46 n. 50	37-58	3	46	53	51	47	26	13	18	8	6
Filiale Düsseldorf, Lackierer	—	10	45	—	46 n. 50	45-55	3	49	51	50	48	18	9	13	2	2
Filiale Düsseldorf, Maler	—	10	24	—	47 n. 50	40-56	2	46	50	49	—	12	9	9	4	—
Filiale Düsseldorf, Lackierer	—	10 1/2	29	—	47 n. 50	47-60	—	49	51	50	44	13	—	13	—	—
Filiale Düsseldorf, Maler	—	10 1/2	12	—	—	45-50	—	46	48	48	44	—	—	—	—	—
Filiale Düsseldorf, Lackierer	—	9 1/2	7	—	42 n. 50	48-50	—	49	51	50	—	—	—	—	—	1
Filiale Düsseldorf, Maler	—	6	—	—	—	35-55	—	45	51	47	—	—	—	—	—	—
Filiale Düsseldorf, Lackierer	—	7	—	—	—	48-50	—	49	51	50	—	—	—	—	—	—
Filiale Düsseldorf, Maler	—	10	188	—	48 n. 53	35-60	8	49	54	53	50	126	106	100	9	9
Filiale Düsseldorf, Lackierer	—	56	—	—	—	42-55	—	—	—	48	—	—	—	—	—	26
Filiale Düsseldorf, Maler	—	10	41	—	47 n. 52	40-60	8	51	52	52	51	26	24	24	7	5
Filiale Düsseldorf, Lackierer	—	10	11	—	43 n. 47	42-50	2	45	49	48	46	4	2	2	—	2
Filiale Düsseldorf, Maler	—	14	—	—	—	40-55	—	47	49	49	—	—	—	—	—	—
Filiale Düsseldorf, Lackierer	—	19	—	—	—	42-52	—	45	50	49	—	—	—	—	—	—
Filiale Düsseldorf, Maler	—	7	—	—	—	50-53	—	50	50	50	47	—	—	—	—	—
Filiale Düsseldorf, Lackierer	—	10	—	—	—	45-55	—	49	49	47	—	—	—	—	—	—
Filiale Düsseldorf, Maler	—	8	—	—	—	38-55	—	—	—	50	—	—	—	—	—	—
Filiale Düsseldorf, Lackierer	—	9	—	—	—	40-50	—	43	43	40	—	—	—	—	—	—
Filiale Düsseldorf, Maler	—	10	58	—	42 n. 47	40-55	3	47	53	51	47	28	22	20	12	6
Filiale Düsseldorf, Lackierer	—	9	—	—	—	37-50	—	—	46	46	44	—	—	—	—	—
Filiale Düsseldorf, Maler	—	10	53	—	45 n. 48	40-55	4	46	50	49	47	5	—	5	10	5
Filiale Düsseldorf, Lackierer	—	23	—	—	—	42-47	—	44	45	45	42	—	—	—	—	14
Filiale Düsseldorf, Maler	—	10	19	—	38 n. 43	35-45	7	39	42	41	—	—	—	—	—	8
Filiale Düsseldorf, Lackierer	—	63	22	—	—	27-50	—	36	39	38	37	—	—	—	—	40
Filiale Düsseldorf, Maler	—	10	14	—	45 n. 48	45-55	2	45	51							

Gewerkschaftliches und Soziales.

Eine umfassende Frühjahrsagitation veranstaltet zur Zeit der Deutsche Holzarbeiterverband. In der Zeit vom 13. bis 29. März werden 700 der Agitation bestimmte Holzarbeiter-Versammlungen in allen Gauen Deutschlands abgehalten.

Die Lehrlingsorganisation der deutschen Lithographen. Am 1. März hat die Lehrlingsabteilung des Verbandes der Lithographen, Steinbrucker und verw. Berufe ein Jahr bestanden. Eingetretene sind im ganzen 3660 Lehrlinge der verschiedensten Branchen. Der Abgang setzt sich wie folgt zusammen: Ihre Lehrzeit haben beendet und zum Verband übergetreten sind 223, vom Beruf wieder abgegangen und deshalb ausgetreten sind 24, wegen Beitragsrückstände wurden 13 gestrichen werden und drei Lehrlingsmitglieder starben. Während es der Unterstützungsverein Genesfelder trotz der tatkräftigsten Hilfe der Prinzipale, die ihm sogar die Lehrlinge wider ihren Willen zwangsweise als Mitglieder zuführten, bis jetzt auf 671 Lehrlinge gebracht hat, konnte der Verband der Lithographen bereits nach viermonatigem Wirken seine erste Quartalsabrechnung am 1. Juli 1908 mit 2464 Mitgliedern abschließen; am 1. Oktober hatte er 2899 Mitglieder und am 1. März 1909, am Jubiläumstage, beläuft er 3397 Lehrlingsmitglieder. Ein erfreuliches Resultat!

Ueber die Arbeitslosigkeit und ihre Beseitigung bringen die Scharfmacherzeitungen Artikel, die von einer Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse zeugen, dagegen einen Beweis liefern für den großen Haß, den das Scharfmachertum gegen die um eine bessere, gesicherte Existenz kämpfenden Arbeiter hegt. Es heißt da: „Hinter all diesem Geschrei von Arbeitslosigkeit und dem damit angeblich verbundenen Elend steht nämlich nichts weiter als die sozialdemokratische Forderung einer Arbeitslosenversicherung, eine Forderung, die von den heutigen sozialpolitischen Ideologen natürlich mit begeisterter Gedanken- und Kräftekraft aufgenommen werden würde. Das wäre die-einzig Versicherung, der man bei uns im Reichsamte des Innern noch nicht näher getreten ist. In Wirklichkeit ist sie ja auch gar nicht durchzuführen, aber trau eine unjenseitig sozialpolitischen Hauswerkstätten, die auf dem Papier ja die unmöglichsten Sachen fertig bringen. Und die Praxis muß sich dann so schlecht und so recht es geht, mit der Gesetz gewordenen Unmöglichkeit abfinden. Wir haben schon so viele Pensionäre herumlaufen. Ein Unfall wird von so und so viel Arbeitern freudig begrüßt, werden sie doch durch die Rente für das ganze Leben der Sorge um das tägliche Brot enthoben. Eine Arbeitslosenversicherung wird, sobald der betreffende Arbeitslose nicht gewonnen werden kann, jede für ihn geeignete erscheinende Arbeitsgelegenheit annehmen — und gegen die Annahme dieser Bestimmung wird man sich stets sträuben — nichts weiter sein als eine Prämie auf die Faulheit.“

Dem frechen Burschen, der derartigen Unsinn schreibt, möchte man wünschen, daß er mal einen Unfall erlitt, um zu erfahren, wie es einem Invaliden zuzute ist, der „durch eine Rente für das ganze Leben der Sorge für das tägliche Brot enthoben ist“. Außerdem wäre es ihm anzuzuschreiben, daß er sich erst einmal mit dem durch die Massenarbeitslosigkeit hervorgerufenen Elend und der Frage seiner Beseitigung resp. Vinderung beschäftigen, ehe er solche frohlohe Bemerkungen macht.

Ferner heißt es in dem Artikel, daß die Sozialdemokratie absichtlich große Massen arbeitsloser Arbeiter in die Städte hineinlocke, um sie bei Straßendemonstrationen zu gebrauchen. „Die Massen der Arbeitslosen werden in den Großstädten gebraucht, und zwar von Leuten, die in dem Staat gern das Heft in die Hand bekommen möchten, von den Führern der Sozialdemokratie. Ihnen gibt ja die Arbeitslosigkeit erwünschten Stoff zur Verheerung in die Hand, und sie suchen die Ergebnisse der Statistik über die Arbeitslosen zu ihrem Nutzen zu verschleiern und falsch darzustellen. Der Sozialdemokratie kann eben, da sie die Arbeiter für ihre Zwecke braucht, gar nichts daran gelegen sein, für eine Abwanderung der Arbeitslosen nach Glätten der Arbeit zu wirken, dadurch würden ja die Arbeiter wieder zur Zufriedenheit gelangen, der Sozialdemokratie kann aber nur mit möglichst unzufriedenen Leuten gebieten sein. Denn je unzufriedener die Leute sind, desto eher bekommt sie sie in ihre Hand und behält sie ihren Einfluß auf sie, da sie ja immer wiederum verspricht, durch ihre Arbeit sie einem goldenen Zeitalter entgegenzuführen. Auf dem Gebiete der Arbeitslosigkeit Wandel zu schaffen, ist aber für den Staat wie für die großen Städte geboten. Es wäre das Natürlichste, daß die beiden großen Machtkräfte im Volksleben da gründlich Hand in Hand miteinander arbeiteten. Aber bei der Spannung, die zurzeit zwischen der Staatspolitik und der Politik der großen Städte besteht, wird ein gedeihliches Zusammenarbeiten da nicht sehr wahrscheinlich sein. Solange die großen Gemeinden nur einseitig den großen Fortschritt betonen, und nicht das stillschweigend konsejvative Gebanten anerkennen, den der Staat um seiner Selbsterhaltung und gedeihlichen Fortentwicklung willen vertreten muß, wird sich ein gutes Zusammenarbeiten wohl nicht erzielen lassen. Aber müssen nicht die Städte selbst von ihrem schärf betonten fortschrittlichen Standpunkte aus ernstlich darauf bedacht sein, hier endgültigen Wandel zu schaffen? Schon aus der Erwägung, daß durch die Fürsorge für die Arbeitslosen und Armen die Finanzen der Städte in bedrohlicher Weise in Anspruch genommen werden.“

Der Artikelschreiber hat anscheinend gar keine Ahnung davon, daß die wirtschaftliche Krise, in deren Gefolge die Massenarbeitslosigkeit auftritt, aus der mangelhaften Organisation der kapitalistischen Wirtschaftsweise entspringt, und daß es deshalb lächerlich ist, die Arbeitslosigkeit als das künstliche Erzeugnis sozialdemokratischer Agitation hinzustellen. Aber der Kapitalismus hat ja keine Lust, die Beseitigung des Massenelends ernstlich in Angriff zu nehmen, und außerdem besitzt er auch nicht die Fähigkeit, eine Gesundung des Wirtschaftslebens herbeizuführen. Und darum verbergen die kapitalistischen Schmeichler ihren mangelnden Willen und ihre Unfähigkeit hinter Schimpfereten und Anpöbelungen der Arbeiterorganisationen.

Ueber die Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung und über den Weg, den das moderne Klassenbewußte

Proletariat in der nächsten Zukunft einschlagen wird, zerbrechen sich viele Leute die Köpfe. Sie ergeben sich dabei in den ewigsten Prophesieungen und phantastieren sich allerlei dummes Zeug zusammen. Ein solcher Prophet ist auch der Syndikus N. Bape in Jasterburg, der eine kleine Broschüre über die Arbeiterbewegung herausgegeben hat. Er schreibt darin: „Alle individualistischen, sozialistischen oder revolutionären Ideen müssen aus der Arbeiterbewegung verschwinden, wenn letztere mit der bürgerlichen Gesellschaft Hand in Hand gehen will. Und tatsächlich hat es die Entwicklungsgeschichte des Sozialismus bewiesen, daß alle Zukunftspläne seiner Vertreter unerfüllt bleiben und daß die Arbeiterbewegung durchaus nichts von ihren Führern zu erwarten hat. Innerhalb der Sozialdemokratie gärt es schon seit langem; man merkt es nur zu deutlich, daß ein Umbildungsprozess sich vollzieht und daß der aufgefällte Arbeiter sich kein Parteiprogramm mehr vorschreiben läßt. So wie aus dem Vorkriegsprogramm ein Stück nach dem andern kassiert, so werden auch die Forderungen ausgemerzt wurde (zuletzt in Erfurt 1891), so sind auch schon die Grundlagen der Marxistischen Anschauungen auf dem Aussterbeerat angelangt. Alte und neue Schule stehen sich im eigenen Lager feindlich gegenüber. Betrachten wir nur das alte Sozialistenprogramm und die Anschauungen der Revisionisten. Die Zerspaltung der Partei und die Bildung zahlreicher Organisationen neuerer Richtung sind der beste Beweis dafür, daß der Umbildungsprozess rüstig fortschreitet und die soziale Reform feste Wurzel faßt. In den nächsten 10—15 Jahren wird die Partei der Sozialdemokraten ihren alten Charakter gänzlich verloren haben. Die letzten Reichstagswahlen werden hierzu auch das ihrige beitragen. Vor der Zugehörigkeit zu einer Organisation wird der moderne Arbeiter für die Folge das Programm seines Vereins genauer prüfen und nur dort zu finden sein, wo für ihn nationalsoziale und vaterländische Gesichtspunkte, und namentlich wirtschaftliche Vorteile in Frage kommen. Die sozialrevolutionäre Parteipolitik stellte bisher als staatsfeindliches Element eine Oliguenwirtschaft im schärfsten Sinne dar, die noch so recht durch ein politisches Strebertum nach außen charakterisiert wird. Jede Partei muß vielmehr — wenn sie allgemein Anerkennung finden soll — dem Staatsinteresse und Gemeinwohl dienen. Die Auffassung der sogenannten Sozialreformer, die all diesen Interessen Rechnung trägt, gewinnt daher in fast allen Kreisen den lebhaftesten Anklang und läßt eine günstige Aussicht für die Zukunft erhoffen.“

Da die sozialistische Arbeiterbewegung auf dem Standpunkte der Entwicklungslehre steht, wird sie natürlich ihr Programm und ihre Taktik den veränderten Verhältnissen anpassen und sich vor einer Verkünderung und einem unansprechbaren Dogmatismus hüten müssen. Dieser feststehende Umbildungsprozess wird sich aber naturgemäß in der Richtung auf eine entschiedener und tatkräftigere Vertretung der Arbeiterinteressen hin vollziehen, wodurch auch das Gemeinwohl und das Staatsinteresse am besten gewahrt bleiben wird. Die nationalsozialen und vaterländischen Gesichtspunkte, von denen Herr Bape spricht, werden für den modernen Arbeiter so lange wenig in Frage kommen, wie der Staat alles tut, um den Arbeitern die Ueberzeugung beizubringen, daß sie Menschen zweiter Klasse sind, aus deren Haut sich gut Riemen schneiden lassen.

Kollegen! Werbt unablässig neue Mitglieder für unsern Verband!

Ueber die Wählbarkeit der Angestellten der Berufsorganisationen in die Arbeitskammer verhandelte kürzlich die Reichstagskommission. Sowohl von den Sozialdemokraten wie Zentrum und Wirtschaftlichen Vereinigung lagen diesbezügliche Anträge vor. Die Sozialdemokraten forderten dieses Recht ohne jede Einschränkung. Die Wirtschaftliche Vereinigung knüpfte daran die Bedingung, daß die Kandidaten wenigstens ein Jahr hindurch dem Gewerbe angehört haben müssen und ihre Gesamtzahl in der betreffenden Arbeitskammer ein Drittel auf beiden Seiten nicht übersteigen soll. Das Zentrum dagegen war nur für ein Viertel im letzten Sinne und wünschte, eine dreijährige Gewerbezugehörigkeit der Berufsvollstrecker als maßgebend für deren Wählbarkeit zu beschließen. Regierung, Freikonervative und die Nationalliberalen waren ganz entschieden gegen eine Mitwirkung der Organisationsvertreter in den Kammern. Dagegen beantragten die Nationalliberalen, den Werksmeistern, Betriebsbeamten und Technikern die Wählbarkeit als Arbeitgeber zu geben. Dies wurde von der Regierung, sowie dem Zentrum und der Wirtschaftlichen Vereinigung bekämpft. Die weiteren, zum Teil sehr hitzigen Debatten über diese Frage, den Angestellten das Wahlrecht einzuräumen, führten zu einem Kompromißbeschlusse, der folgenden Wortlaut hat: „Wählbar sind auch solche Personen, welche diejenigen Gewerbezweige, für welche die Arbeitskammern errichtet sind, wenigstens drei Jahre hindurch als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehört haben und in den Bezirken, für welche die Arbeitskammern errichtet sind, wohnen, sofern die Voraussetzungen der Ziffern 1 und 3 in Absatz 1 gegeben sind. Die Anzahl darf je ein Viertel der Vertreter nicht übersteigen.“ Dieser Antrag fand Annahme mit einer geringen Mehrheit, und zwar noch mit dem Vorbehalte, daß er bis zur zweiten Lesung noch eine andere Fassung erhalten soll. Im Namen der Nationalliberalen gab hierauf der Abgeordnete Hehl von Herrnsheim die Erklärung ab, daß seine Partei nunmehr das ganze Gesetz ablehnen werde, und dieser Erklärung stimmten auch die konservativen Parteien zu. Es soll nach dieser Sachlage sogar fraglich geworden sein, ob die Nationalliberalen sich überhaupt noch an den weiteren Kommissionsberatungen beteiligen werden.

Der rühmlichst bekannte Gewerbegerichtsrat Dr. Brenner in München, der zahlreiche Einigungsverhandlungen geleitet hat, hält den Ausschluß der Organisationsbeamten für den schlimmsten Fehler der ganzen Gesetzesvorlage. In einem Artikel der „Münchener Neuesten Nach-

richtung“ führt er aus, daß die Bewältigung des umfangreichen und schwierigen Stoffes der sozialpolitischen Gesetze ein gründliches Studium erfordert, wozu es den in Berufe noch tätigen Arbeitgebern und Arbeitnehmern meistens an Zeit und Lust mangelte. Man sei also gezwungen gewesen, seitens der Berufsorganisationen eigene Beamte anzustellen und es wäre nun doch direkter Wahnsinn, diese Leute von der Arbeitskammer auszuschließen. Dr. Brenner schließt folgendermaßen: „Wohl die Vorsitzenden aller Gewerbegerichte werden aus ihrer Praxis als Regel bestätigen können, daß die genannten beruflichen Vertreter der Verbände die Verhandlungen nicht erschweren und nicht verschärfen, im Gegenteil gemäß ihrer allgemeineren Bildung und des dadurch gewonnenen erhöhten Blicks über die einzelne Arbeiterkategorie hinaus beim Vorliegen objektiver Gründe am ersten die Bereitwilligkeit und auch den Mut haben, auf die von ihnen vertretenen Kreise beruhigend und aufklärend einzuwirken. Es ist charakteristisch, daß gerade derartige beamtete Vertreter auf Arbeitgeber- und Arbeiterseite von ihren eigenen Leuten wiederholt mit dem — ich sage, Ehrentitel: „Brenner“ benannt werden. Das sagt mehr als alle oberflächlichen Redensarten über bezahlte Agitatoren, Heber u. dgl. Ich muß auf Grund meiner Erfahrungen den Satz aufstellen: Fast die gesamten ohne Kampf abgeschlossenen Tarifverträge größeren Stils sind hauptsächlich das Werk der besonnenen Führung der beamteten Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter. Und nunmehr sollen diese Persönlichkeiten von einer gesetzlichen Friedensinstitution prinzipiell ausgeschlossen werden?“

Arbeiter-Baukontrollen sind Spittel Das ist die Auffassung, die der Tischlermeister Mahardt, eine Berliner Innungsgröße, von der Sache hat. Die Sozialdemokraten hatten im Preussischen Abgeordnetenhaus den Antrag gestellt, die Regierung möge einen Gesetzentwurf zur Regelung des Bauarbeitergeschutes vorlegen, der insbesondere die Anstellung von Baukontrollen aus Arbeiterkreisen vorsieht. In der Begründung dieses Antrages führte unser Kollege Veinert Folgendes aus: „Seitens der Zentralkommission für Bauarbeitergeschut in Hamburg wurde 1906 im ganzen Deutschen Reich eine Revision sämtlicher Winter- und Sommerbauten vorgenommen. Die Ergebnisse sind in einem dicken Buche zusammengestellt worden, das den Behörden eingeschickt worden ist. Diese Erhebungen der Zentralkommission sind natürlich den Berufsvereinigungen sehr unangenehm und deshalb hat die hannoversche Baugewerkschaft - Berufsvereingung an die Arbeitgeber ein Schreiben gerichtet, die Kontrollen der Arbeiter wegen Hausfriedensbruchs anzuzeigen und die Hilfe der Polizei in Anspruch zu nehmen. Dieses Vorgehen der Unternehmer gegen Arbeiter, die für Leben und Gesundheit ihrer Mitmenschen sorgen, überlasse ich dem Urteil der bestellten Öffentlichkeit. Warum sträubt man sich denn eigentlich gegen die durchaus wohlgemeinte Kontrolle der Arbeiter? (Ug. Mahardt ruft: Spittel!) Wo das Spittel existiert, das sollten Sie doch endlich ganz genau wissen. Spittel können nur dort sein, wo man unanständige Sachen zur Ausführung bringt. Hier aber sollen Arbeiter die in erheblicher Weise für ihre Kollegen eintreten, Spittel sein! Es ist ja sehr nett, daß Herr Mahardt eine derartige Weiszehrung für die Bauarbeiterkontrollen erfunden hat, denn die Antwort der Bauarbeiter draußen wird er zu hören bekommen. Man will einfach die Arbeiterkontrollen deshalb nicht, weil man die ungeheuerlichen Untersassungen auf dem Gebiete des Arbeitergeschutes verbergen will. Nun hat der Minister 1907 einen neuen Erlaß herausgegeben, in dem er sagt, daß für das platte Land und die kleinen Städte von dem Erlaß polizeilicher Bestimmungen auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge auch jetzt noch abgesehen werden könne. Wenn man einen derartigen Erlaß in die Welt hinausgehen läßt, dann beweist man damit, daß man nicht den ehrlichen Willen zur Durchführung der Arbeiterfürsorge hat.“ — Wir werden uns diese freche Aeußerung Mahardts merken.

Eine total falsche Auffassung über die Bedeutung von Bildung und Willen für die Entwicklung zum Sozialismus finden wir in einem Artikel der sozialdemokratischen Presse, der den Titel führt: „Neue Menschen“. Es heißt in dem Artikel: „Widewein hört man sagen, daß nur eine geistig hochgebildete Arbeiterschaft den Sozialismus verwirklichen kann; dementsprechend wird dann versucht, die Arbeiter zu auf allen Gebieten bewanderten und künstlerisch empfindenden Menschen zu machen, ihnen bürgerliche Kultur beizubringen. Wo aber der Arbeiter die Bourgeoisie nachahmen versucht, ist er klein und häßlich; nur wo er sie bekämpft, ist er groß. Der neue Arbeiter, den die neue Entwicklung schafft, ist der Kämpfer. Die neuen Tugenden, die in ihm erwachen, sind die Tugenden des Kämpfers; andere braucht er nicht. Was der Kämpfer braucht, ist Widerständigkeit, Unabhängigkeit des Geistes, Stolz, feste Disziplin und unerschütterliche Treue gegen seine Klasse, und vor allem der Kampfesmut, die auf keine Gefahr achtende Tapferkeit, die die Besonnenheit nicht ausschließt, sondern einschließt. Nur Kämpfer, die an diesen Tugenden reich sind, können zu Siegern werden.“

Der Artikelschreiber verkennt vollständig, daß der Emanzipationskampf des Proletariats zwei Seiten hat: er ist zunächst auf die Beseitigung der alten kapitalistischen Gesellschaft gerichtet, sodann hat er aber auch den Aufbau und Ausbau einer neuen Gesellschaft zum Ziele. Für die Beseitigung des Alten möge vielleicht die Tugend des Kampfes genügen, für den Aufbau des Neuen aber bedürfen wir neuer Menschen, die Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen und von autem Willen und von Selbstlosigkeit besetzt sind.

Arbeitszeit und Arbeitsleistung. In den württembergischen Staatsbetrieben ist vor längerer Zeit der Neunstundenag eingeführt worden, der sehr legernd gewirkt hat. Die Gegner dieser Maßregel propheszierten damals, es werde die Arbeitsleistung wesentlich zurückgehen, was eine Mehrreinstellung von Arbeitern und damit eine Erhöhung des Lohnkosten im Gefolge haben werde. Diese Voraussagen sind auch hier — wie in jedem anderen Falle — nicht eingetroffen, denn, wie der Finanzausschuß berichtet, sind die Leistungen der Arbeiter nicht gesunken, sondern gestiegen. Aber was hilft dieser Beweis? Die am Leben lebenden Kreise sind nach wie vor Gegner einer Arbeitszeitverkürzung, in der sie den Ruin der Industrie erblicken.

Handwerksburschen sind fragwürdige Gestalten, die keinen schönen Eindruck machen! Der Mangel an sozialem Wohlgefühl in den Kreisen des stillen, zahlungsfähigen Bürgertums ist hinreichend bekannt. Wie sich an dessen Stelle aber manchmal eine förmliche Herzverhärtung und Gemütsverrostung breit macht, zeigt folgender Vorgang: Die Stadtväter von Brimlenau, einem schlesischen Schöpfendort im Kreise Sprottau, lehnten die Annahme einer Erbschaft ab, weil in dem Testamente die Errichtung einer „Herberge zur Heimat“ auf dem mit diesem Vermächtnis der Stadt Brimlenau zufallenden Grundstücken zur Bedingung gestellt wurde. Eine Stadtverordnetenversammlung soll sich aber noch nach dieser Sache befassen. Hierauf knüpft nun der Herr Redakteur, Drucker und Verleger des Brimlenauer Intelligenzblattes folgende Sonntagspredigt: „Wir unsererseits wollen nur hoffen, daß sich die Versammlung in der nächsten Sitzung zu derselben einstimmig ablehnenden Haltung bekennt, wie der Magistrat, denn es würden nur „sehr bedenkliche“ Menschen hierher gezogen und der jährliche Zufluß seitens der Stadt würde ein sehr bedeutender werden, da doch diesen „Reisenden“ Essen, Nachquartier und schließlich eine kleine Unterfrühstück erhalten müßten und das Institut einen Hausvater anstellen müßte. Abgesehen davon, daß diese Leute uns eine neue Steuer auferlegen, indem sie die Stadt vor und nach der Aufnahme in die Herberge erst noch abgrasen, macht es für das Straßensbild durchaus keinen schönen Eindruck, wenn diese fragwürdigen Gestalten, von welchen wir, dank der energischen geschäftshabenden Fremdenpolizei, in den letzten Jahren verschont geblieben sind, umherpilgern. Belästigungen der Bürgerchaft würden wieder an der Tagesordnung sein, so daß schließlich die Anstellung eines zweiten Polizeibeamten notwendig werden würde.“ Der edle Mensch ist vermutlich in der Wahl seiner Eltern so vorzüglich gewesen, daß er niemals nötig gehabt hat, auf die Waise zu gehen. Vielleicht hat er auch keine Nase nach niemals aus Brimlenau raus gesteckt.

Aus Arbeiterkreisen.

Der Zusammenbruch der Unternehmerverbände macht immer weitere Fortschritte. Da sich ihre Spitze gegen die Gewerkschaften und deren Bestrebungen richtet, so leben sie ihre Differenzen unter sich beiseite, um noch rücksichtslos gegen die Arbeiter operieren zu können. Schon im Dezember 1904 ist zwischen dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände in Berlin und der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände in Berlin ein Kartellvertrag geschlossen worden. Wie die „Deutsche Arbeitszeitung“ mitteilt, ist dieser Vertrag am 9. März d. J. durch einen neuen Kartellvertrag ersetzt worden, der folgenden Inhalt hat:

§ 1. Die Vertragsschließenden betrachten es als ihre oberste gemeinsame Aufgabe, den Zusammenbruch der Arbeiterbewegung zu verhindern und zu fördern. Sie haben zu diesem Behufe ihre Mitgliederlisten ausgetauscht und werden auch künftighin von Veränderungen im Mitgliederbestande dem anderen Teile sofort Nachricht geben. Sie werden ferner jeden direkten Verkehr der einen Zentrale (Hauptstelle) über dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände) mit den Mitgliedern der anderen unterlassen und auf ihre Mitglieder im Sinne der fruchtbaren Lösung gemeinsamer Aufgaben hinwirken.

§ 2. Die Vertragsschließenden verpflichten sich gegenseitig, darauf hinzuwirken, daß streikende oder ausgesperrte Arbeiter während der Dauer der Bewegung in den Betrieben der angeschlossenen Mitglieder keine Beschäftigung finden. Eine Nachprüfung über die Berechtigung des Ausstandes oder der Aussperrung findet nicht statt, wenn erklärt wird, daß eine solche Prüfung ordnungsgemäß vorgenommen ist.

§ 3. Als wichtige Aufgabe betrachten die Vertragsschließenden weiter die gemeinsame Förderung der Arbeitsnachweise der Arbeitgeber, und zwar sowohl in den Fachverbänden als auch in den gemischten Verbänden. Die jährlichen Arbeitsnachweiskonferenzen sollen in Zukunft gemeinsam abgehalten werden.

§ 4. Die Vertragsschließenden suchen des ferneren gemeinsam zu fördern: den Schutz der Arbeitswilligen sowie die Durchführung der Streikklauseln!

Die Frage, ob und inwieweit ein Zusammenarbeiten der beiderseitigen Streikversicherungseinrichtungen erforderlich ist, bleibt den hierfür bestehenden besonderen Organen der Vertragsschließenden zur Entschcheidung überlassen.

§ 5. Sofern im einzelnen Falle den von Streik, Boykott oder Aussperrung betroffenen Arbeitgebern über den Rahmen des § 2 hinaus Hilfe geleistet werden soll, bleibt die Entscheidung hierüber den beiderseitigen Organen von Fall zu Fall vorbehalten.

§ 6. Zur dauernden Aufrechterhaltung der Fühlung zwischen den beiden Zentren wird ein ständiger Kartellauschuss eingesetzt, in welchen von jeder Seite fünf Mitglieder entsandt werden. Der Kartellauschuss ist lediglich eine beratende Stelle und tritt nach Bedarf zusammen. In folgenden Fragen soll der Kartellauschuss um Begutachtung ersucht werden:

- 1. wenn Hilfe über den Rahmen der in § 2 ausgesprochenen Verpflichtung hinaus in Anspruch genommen wird (§ 5);
- 2. wenn Meinungsverschiedenheiten auf Grund dieses Vertrages zwischen den vertragsschließenden Teilen auszugleichen sind;
- 3. wenn gemeinsame Maßnahmen zur Wahrung der allgemeinen Arbeitgeberinteressen ergriffen werden sollen.

Die Leitung der Verhandlungen und demgemäß auch die Einberufung des Kartellauschusses liegt abwechselnd in den Händen der vertragsschließenden Teile.

§ 7. Das Kartell erhebt keine Beiträge, jede Zentrale übernimmt die auf sie fallenden Ausgaben.

Die Arbeiter sollten hieraus die Lehre ziehen, daß sie sich ebenfalls ohne Rücksicht auf sonstige Differenzpunkte einheitlich zusammenschließen müssen, anstatt sich zu zersplitteln. Aber wann wird diese Einsicht endlich kommen?

Eingekandt.

Zur Nachachtung empfohlen!

Von Paul Heintzmann, Lichtenberg-Berlin.
Wie ich aus Nr. 3 des „Abstinente Arbeiter“ ersehe, haben die Mannheimer Kollegen als die ersten im Prinzip beschlossen, in ihren gewöhnlichen Versammlungen keine alkoholischen Getränke zum Ausschank kommen zu lassen. Die Frage, auf welche Weise die Miete für das Lokal aufgebracht werden soll, ist noch zu lösen und der Vorstand wurde beauftragt, einer späteren Versammlung entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Wir sehen hieraus, daß die Mannheimer Kollegen die ersten sind, die eingesehen haben, daß man auch ohne Alkohol sehr gut auskommen kann. Damit nun aber auch den Kollegen aller anderen Orte Gelegenheit gegeben wird, dieses Beispiel nachzuahmen, glaube ich hierauf näher eingehen zu sollen.

Die Beseitigung des Trinkzwanges ist eine sehr einfache Frage. Es bedarf nur einer kleinen Portion guten Willens und Charakterfestigkeit der Kollegen. Um nun hier passende Vorschläge zu machen, sei folgendes erwähnt. Die abstinenten Sozialdemokraten der Ortsgruppe Berlin des „Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bundes“ z. B. haben als die ersten in Berlin die Verzehrfreiheit seit einiger Zeit in ihren Versammlungen (die monatlich zweimal im Gewerkschaftshaus stattfinden) eingeführt, um ihren Klassenossen zu beweisen, daß man auch so tagen, auch so diskussionsfähig sein kann. Um wirksamen „Trinkbedürfnis“ Rechnung zu tragen, sind auf den Tisch Wasserkaraffen aufgestellt, so daß wir niemals durch den Kellererlästigt werden.

Nun, Kollegen, wie machen wir weiter es möglich, ohne Verzehrszwang zu tagen? Nehmen wir an, eine Zentrale (wie die Mannheimer) sei mit einer Mitgliederzahl von 600 bis 700 Kollegen sei ebenso eingeteilt, wie die Berliner Zentrale. Die Berliner Zentrale ist in mehrere Bezirke mit je 150 bis 300 Mitglieder eingeteilt. Nehmen wir nun eine Zentrale im Durchschnitt mit 200 Kollegen an (von denen ja leider nur 1/3 in den Versammlungen erscheint), wenn von diesen Kollegen ein jeder nur 10 Pfg. im Monat opfert, so könnten wir für 10 X 200 = 2000 Mark einen eigenen Raum haben, wo wir unsere Bezirksversammlungen, Sitzungen und die alle Sonnabend abend stattfindenden Nachmittagsabende abhalten.

Wir brauchen dann sicher nicht mehr von diesem oder jenem Wirt abhängig zu sein; wir können einen Raum haben, wo sich die Kollegen im wahren Sinne des Wortes wohlfühlen. Die Kollegen würden bald merken, daß sie diesen Groschen besser angelegt haben, als wenn sie ihn dem Brauerkapital in den Rücken schmeißen. Allerdings haben dann die Kollegen nicht mehr die Gelegenheit „gemächlich“ beisammen zu sein, nämlich bis in die Nacht hinein beim „Wiertopp“ zu sitzen. Es ist ja auch gar so „schön“, wenn man die „herlichen“ Sprünge so betrachten kann: „Se schön die Aneip, desto schlimmer fürs Weib!“ sowie „Das Silber in der Tasche wird Gold in der Tasche!“ oder „Das Gold in dem Glaße wird Kupfer an der Nase!“ usw. Diese treffen ja nun auch einmal zu. (Von dem Durchbrennen mit Verbandsgeldern will ich hier gar nicht reden.) Dies hat ja allerdings erwidlicherweise seit einiger Zeit etwas nachgelassen. Wir sehen jedenfalls, daß nicht nur der Alkohol und die mit ihm verbundenen Trinkfitten in gesundheitlicher und moralischer Beziehung schädlich wirken, sondern daß sie auch als Schädlinge der Organisation zu verbannt werden müssen.

Wenn wir nun hierin Wandel schaffen wollen, so sehen wir, daß es in der angeführten Weise sehr gut und einfach zu machen ist. Bedauerlich ist es ja, daß unsere Gewerkschaftshäuser vom Alkoholkapital abhängig sind. Wir haben ja sogar schon die Erfahrung gemacht, daß Vertreter der Organisation erklärt haben: „Kollegen, ihr müßt mehr Bier trinken, sonst geht das Gewerkschaftshaus pleite!“ Wla, statt etwas derartiges abgeschafft wird, sorgt man dafür, daß die Kollegen oder Genossen ein bestimmtes Quantum Bier verteilen müssen, um das Gewerkschaftshaus lebensfähig zu halten! Ich kann nicht umhin, an dieser Stelle an die Ausführungen des Gen. Bömelburg (Vorstand des Maurerverbandes) auf dem Effener Parteitag zu erinnern. Er sagte u. a. folgendes: „Wir haben in manchen Orten Gewerkschaftshäuser, die gewiß eine Notwendigkeit sind, aber sie sind nicht auf der Grundlage aufgebaut, daß sie uns hier helfen können, sie sind meist auf Papier aufgebaut. ... Und wenn die Arbeiter richtige Politik treiben wollen, sollten sie es sich zur Pflicht machen, jedes Jahr vielleicht eine Mark für die Erhaltung ihres eigenen Heims zu geben, dann werden sie sich in ihren Häusern eine Stätte schaffen, wo der Alkohol ausgeschlossen sein kann, wo niemand gezwungen ist, zu trinken. Die Arbeiter werden dann bald merken, daß sie diese Mark gut angelegt haben und sehr viel Geld damit gesparrt haben. (Sehr richtig!)“

Ebenso wichtig wie die Ausführungen Bömelburgs ist die Resolution XI (angenommen gegen eine Stimme auf dem Effener Parteitag am 20. September 1907), von der ich nur einen Abschnitt wiedergeben will:

„Die Arbeiterorganisationen werden angefordert, jeden Zwang zum Genieß alkoholischer Getränke bei ihren Zusammenkünften zu beseitigen, bei Bildungsveranstaltungen, Arbeitsnachweisen und Auszahlung von Streikunterstützungen jeden Trinkzwang zu vermeiden, für Aufklärung durch Wort und Schrift über die Alkoholgefahr, insbesondere für Kinder und Jugendliche und über die zum Alkoholmißbrauch verleitenden Trinkfitten zu sorgen.“

Hier müssen wir uns nun wieder fragen, was haben die Gewerkschaften bis dato bezüglich der Alkoholbekämpfung getan? Man möchte sagen: rein gar nichts! Gewiß wird mancher sagen: Wir bekämpfen ja den Alkohol. Aber wie? Frage ich. Etwa, indem man für die Verteilung sorgt oder mit bloßen Worten? Nein, hier heißt es:

Der Worte sind genug gewechselt, daß uns auch einmal Taten sehen!

Mögen diese Zeilen dazu beitragen, daß die Kollegen aller Orte hierzu Stellung nehmen, denn an uns liegt es, hierin Wandel zu schaffen. Mögen dem Beispiele der Mannheimer Kollegen viele andere folgen, um endlich einmal den Dämon Alkohol aus unseren Versammlungen zu verbannen. Die Kollegen werden dann bald fühlen, daß sie für unsere Bestrebungen mehr Zeit und Kraft zur Verfügung haben als früher.

Große, bedeutungsvolle Kämpfe harren unter; sie

verlangen Einsinken der vollen Persönlichkeit. Arbeiter, du bist nicht voll Herr über dich selbst, wenn du dem Alkohol Herrschaft über dich einräumst! Darum Kollegen! Hinweg mit dem Bundesgenossen des Kapitalismus! Hinweg mit dem Todfeind aller Kultur, dem Alkoholismus! Verzehrsfreiheit sei die Parole!

Vom Ausland.

Österreich. Nach Wien und Meran (Tirol) ist Bezug fernzuhalten.

Schweiz. Gesperrt sind: Heidegger in St. Gallen; die Werkstellen: Keller in Sorgen. Gust. n. Sul. Müller in Wädenswil, Gebr. Veer in Nidernatt.

Holland. In Loosdrecht und Zutphen sind unsere Kollegen ausgesperrt. Bezug muß ferngehalten werden!

Ungarn. Der 6. Verbandstag unseres ungarischen Bruderverbandes fand am 21. und 22. Februar 1909 in Budapest statt. Anwesend waren 52 Delegierte, außerdem wohnten als Vertreter von unseren österreichischen Kollegen Gen. Kerber und von der dortigen Organisation der Kollege Gyuraitich den Verhandlungen bei.

Aus den Berichten des Vorstandes geht hervor, daß das Schanzmachertum mit brutaler Gewalt, unterstützt von den Behörden, kein Mittel unversucht läßt, die Organisation der Arbeiter zu zertrümmern. Die Aussperrung folgt auf Aussperrung, um die Klassen der Verbände zu leeren. Gelängt dies nicht, so folgt die Auflösung der Ortsgruppen und schließlich die der Verbandsorganisation. Alles können sich die Unternehmer gestatten, ohne daß die Behörden dem oft tolen Willen Einhalt gebieten, jedoch die Lohnkämpfe, wie jedes Aufstreben der Arbeiter, werden gewaltsam unterdrückt. Das Recht scheint in Ungarn nur für die Besitzenden zu gelten, die Arbeiter aber sind jedes Rechtes bar. So warten z. B. unsere ungarischen Kollegen schon seit Jahren auf Erledigung der eingereichten Statuten, aber trotz wiederholter Eingaben ohne Erfolg. Nur zu begreiflich ist es daher, daß der Uebermut der Unternehmer keine Grenzen kennt und sie die Arbeiterschaft in jeder Weise provozieren. Im Jahre 1906 schlossen die Kollegen in Budapest einen Vertrag auf die Dauer von vier Jahren ab, laut welchem sie ab 1909 eine zehnprozentige Lohnerhöhung erhalten sollten. Nun kommen nach drei Jahren die Herren, werfen den Vertrag, den sie abgeschlossen und unterzeichnet, über den Rücken und verlangen, statt die Lohnerhöhung zu gewähren, die - Mindestleistung. Selbstverständlich mußte dies zur äußersten Verbitterung führen und die Herren, die die Arbeiterschaft in so unerhörter Weise herausfordern, werden bald erfahren müssen, daß auch die Geduld der Arbeiter ihre Grenzen hat.

Kollege Kerber wies auf die praktische Unmöglichkeit der Mindestleistung hin und betonte, daß dadurch nicht, wie die Meister meinen, die Schanzmacherei beseitigt, sondern in nur noch höherem Maße wie bis her auf dem Rücken der Arbeiter durchgeführt werden würde. Zu solchem Vorhaben, das nur zerschüttert auf das ganze Gewerbe fällen muß, dürfen sich die Arbeiter nie hergeben.

Die folgenden Redner sprachen sich ebenfalls entschieden gegen die Mindestleistung aus. Charakteristisch ist, daß ein großer Teil der Meister selbst, trotz des Druckes, den die Schanzmacher ausüben, nicht für die Mindestleistung ist. Hoffentlich wird das brutale Vorgehen der Unternehmer selbst jenen Kollegen die Augen öffnen, die sich sonst wenig für ihre Organisation interessieren und sie derselben zuführen.

Aus den gefaßten Beschlüssen ist besonders hervorzuheben, daß die bei der Militärdienstleistung zugebrachte Zeit den Kollegen eingerechnet wird. Die Mitgliedsbücher sollen gleich den anderen im Partei vertretenen Verbände 52 Wochenrubiken erhalten, ebenfalls sollen auch während der Wintermonate kleinere Beiträge eingehoben werden. Weiter wurde der Vorstand beauftragt, die Arbeitslosen- und Krankenunterstützungsfrage zu studieren und einen diesbezüglichen Entwurf bis spätestens September d. J. im Fachblatt zur Besprechung zu unterbreiten.

Die Wahlen des Vorstandes ergaben folgendes Resultat: Donát und Kaszaki, Obmänner; Bohmann und Bauer, Kassierer; Berger und Fehér, Sekretäre; Benzelicz, Dokupele; Grün, Kollé; und Mantner, Kontrolle. Außerdem wurden zwölf Ausschussmitglieder gewählt.

Nach Schluß der Generalversammlung tagte eine Landeskonferenz, in der Kollege Szell über die freie Organisation, Agitation und Taktik berichtete.

Das brutale Vorgehen der ungarischen Regierung gegen die Gewerkschaften verfolgt offenbar den Zweck, der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung das Leben so sauer wie möglich zu machen oder den Gewerkschaften am liebsten das Lebenslicht böllig auszublauen, um dadurch der schrankenlosesten Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer Tür und Tor zu öffnen. Nach den ungarischen Gesetzen ist es nämlich den Arbeitervereinen nicht gestattet, auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder einzuwirken. Ebenso ist es verboten, außer den jahrgangsmäßigen Beiträgen noch besondere Beiträge für Streikunterstützung oder die Fachpresse zu erheben. Die Arbeitervereine dürfen nur den Charakter von Bildungs- und Unterfrühstücksvereinen tragen. Wegen Verstoßes gegen diese Bestimmungen hat nun die Regierung in letzter Zeit die Gewerkschaften der Laffuhrwerker und Kaffeehausangestellten ausheben, ihre Lokale absperrn, ihre Vermögen und Bibliotheken beschlagnahmen lassen. Infolge dieser gewaltsamen Maßnahmen herrscht unter den ungarischen Arbeiterorganisationen begreiflicherweise ungeheure Empörung. In einer Eingabe an die Regierung kündigte das Gewerkschaftssekretariat den Uebergang zur geheimen Organisation an. Es wird in dem Schreiben ferner darauf hingewiesen, daß seit der Ministerchaft des Grafen Andrássy in Ungarn vierhundert Arbeitervereine suspendiert oder aufgelöst, aber keine Statuten neuen Arbeitervereine bewilligt, während die Statuten für dreihundert Unternehmerverbände vom Ministerium genehmigt wurden. Es wird dem Minister ferner mitgeteilt, daß die organisierte Arbeiterschaft auf das Recht, Geldmittel für ihre Lohnkämpfe zu sammeln nicht verzichtet und hierfür eine für die Behörde unzugängliche Form wählen wird. Die

Generalkommission der Gewerkschaften legt ferner den Antrag, dem Minister des Innern sämtliche Statuten vor die FüÙe zu werfen, da es nicht geduldet werden kann, daß die Arbeiter in die Stammorganisationen, die unter behörrlicher Aufsicht stehen, Beiträge einbezahlen, die dann von den Behörden einfach geraubt werden.

Ein ungarisches Gewerkschaftsblatt schreibt der Regierung ein paar höhnende Worte ins Stammbuch: „Die Arbeiter, die den aufgelösten Organisationen angehört haben, sind auf einen klugen Ausweg verfallen. Sie haben nämlich beschlossen, die betreffenden Nachblätter zum Preise von 50 Heller pro Nummer zu verkaufen. Die Herausgeber der Blätter sind eben gute Kerle und zahlen den Abnehmern des Blattes im gegebenen Fall ebensoviel Unterstützung wie sie von der Gewerkschaft bezogen. Die Regierungsmenschen mögen ziemlich dumme Gesichter machen, ob dieses Geschehens, aber tun können sie nichts dagegen, denn erstens kann jeder Zeitungsherausgeber sein Blatt zu welchem Preise immer verkaufen und zweitens kann es ihm auch niemand verbieten, wenn er einen in Not geratenen Abnehmer des Blattes „unterstützt“. Mit dem Löschlagen der Organisationen ist es also nichts, sie leben weiter, nur in anderer Form, in derjenigen, in der sie bei der reinen Willkürherrschaft eben leben können. Aber diese neue Form hat für die Regierungspaschas viel unangenehmere Seiten an sich als die rechtmäßig konstituierten Gewerkschaften hatten. Letztere konnte man überwachen und mancher Schritt mag unterblieben sein aus Rücksicht auf die Überwachungsbehörden. Hat man doch vielfach von der Einhebung von Streiksteuern abgesehen, wenn sie auch noch so notwendig waren. Jetzt gibt es keine Überwachung, keine Kontrolle, man wird sich wenig genieren, wenn es notwendig ist, den „Preis des Blattes“ zu erhöhen. Es wäre auch sehr dümm, wenn man es täte. Die Welt und auch die Regierungen wollen betrogen sein und den Gefallen kann man ihnen schon erweisen. Neben dem Gesetz ist auch ein Weg und der ist nicht der schlechteste, wie wir in Oesterreich ja alle wissen. Auch wir dürfen von Rechts wegen nicht für Streikzwecke Beiträge erheben, was uns aber nie geniert hat, es dennoch zu tun, so daß wir heute gar keine Scheu haben, daß uns das Recht hierzu erst noch eingeräumt wird.“ Was für ein dummes Gesicht die Regierungsmenschen wohl machen, wenn sie dies lesen!

Technisches.

Patentschein. Vom Verbands-Patentbureau D. Krüger u. Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigt, Auskünfte frei.

Angemeldete Patente.

Nl. 75 c. G. 26249. Farbenzerstäuber mit einem zum Öffnen des Farb- und Luftventils dienenden gemeinsamen und einem verstellbaren Anschlag zum Regeln der Öffnungsweite des Farbventils. Zus. z. Pat. 190 061. W. Graaff u. Co., G. m. b. H., Berlin, und Hans Mitrorey, Schöneberg. Ang. 25. 1. 08.

Nl. 75 d. B. 50 780. Verfahren zur Herstellung von Nachahmungen eingelegerter Arbeiten. Friedr. Breitenstein, Emmerich a. Rh. Ang. 11. 11. 07.

Gebräuchsmuster:

Nl. 75 c. 365 403. Anstreichmaschine mit Behälter für ein komprimiertes Druckmittel. Franz Kockerbeck, Cöln a. Rh. Ang. 12. 10. 08.
Nl. 75 c. 365 426. Maserier-Gummiplatte mit nebeneinander angeordneten Stegen. Gebr. Ullmann, Wattencheid. Ang. 11. 12. 08.

Nl. 75 c. 365 538. Sprühvorrichtung zum Aufbringen von Kleb-, Farb- oder sonstigen Stoffen. Otto Kling und Co., Friedenan. Ang. 30. 11. 08.
Nl. 75 c. 365 544. Duschkasten. Tedel-Georg von Löhneysen, Braunschweig. Ang. 10. 12. 08.

Literarisches.

Notizkalender für Gemeinde- und Staatsarbeiter 1909. Herausgegeben vom Hauptvorstand des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes. Selbstverlag des Verbandes Berlin Preis 50 A.

Die Volksgesundheit. Zeitschrift des Verbandes der Vereine für Volksgesundheit. Erscheint monatlich mit der Zeilage „Mutter und Kind“. Bezugsspreis jährlich 3 M., bei Parteibezug billiger. Geschäftsstelle: Hermann Finkeisen, Meien, Köpplag.

Arbeitersekretariat Halle a. S. Jahresbericht für das 9. Geschäftsjahr 1908. Nebst Bericht des Gewerkschaftsstellens sowie einer Abhandlung über die Streikungsfrist nach dem gewerblichen und bürgerlichen Recht. Selbstverlag des Arbeitersekretariats.

Leipziger Arbeitersekretariat und die Leipziger Gewerkschaften im Jahre 1908. Fünfter Jahresbericht des Sekretariats.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 3 des vierten Jahrgangs, März 1909. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband, Berlin. Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 M pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 2.

Briefkasten.

B. M. Das Delegatensystem soll doch wohl nur für entferntere Distrikte Geltung haben. Das hindert aber nicht, daß auch andere Kollegen an der Verjammung teilnehmen. Deiner Ansicht stimmen wir bei.

Sterbetafel.

Wiesbaden. Am 20. Februar starb unser Mitglied Heinrich Sommerberger im Alter von 38 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 27. Februar starb unser Mitglied Wilhelm Schönbach im Alter von 21 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Mürnberg. Am 11. März starb unser Kollege Mathäus Strieger im Alter von 44 Jahren.

Ansbach. Am 13. März starb unser Kollege Christian Schuster im Alter von 37 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Dereinsteil.

Bekanntmachung.

Das Material zu der in diesem Frühjahr aufzunehmenden Statistik kommt im Laufe nächster Woche zum Versand an die Filialen. Wir erlauben, die Fragebogen sofort an die Mitglieder hinauszugeben und die in dem Zirkular angegebenen Termine genau einzuhalten. Sollte über die Art der Verarbeitung oder über sonstige Fragen Unklarheit entstehen, so ist den Bezirksleitern, event. dem

Vorstände sofort Mitteilung zu machen. In nächster Woche kommen außerdem die Extramarken für die Arbeitslosenunterstützung zum Versand. Der Lieferung liegt ein Zirkular über die Berechnung der Marken, Quittierung und Buchführung bei, worauf wir besonders aufmerksam machen wollen.

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 16. bis 22. März. Eingefandt wurden: Frankfurt A 12, Dresden 14,50. Für den Vereins-Anzeiger: Lüneburg A 2, Düsseldorf 5.

Material wurde versandt:
B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken.
D. = Duplikatmarken. B.M.-M. = Vereins-Anzeiger-Marken. M.-M. = Marken-Mappen. S. = Futterale. W. = Broschüren. K. = Kalender.

- Bremerhaven 100 C.; Breslau 10 000 B. a 60 A, 600 B. a 50 A, 200 C.; Danzig 4000 B. a 60 A; Dortmund 8000 B. a 60 A, 200 C.; Erfurt 2000 B. a 60 A; Gohwege 10 C.; Grünberg 400 B. a 50 A, 200 A, 20 B.; Hannover 3200 B. a 60 A, 1200 B. a 25 A, 100 C., 10 W., 6 S.; Heilbronn 50 C.; Hildesheim 200 B. a 20 A, 30 C.; Kempen 400 B. a 60 A; Konstanz 400 B. a 60 A, 200 B. a 20 A; Mannheim 100 C.; Mühlhausen 800 B. a 50 A; Oranienburg 400 B. a 55 A, 100 B. a 20 A; Stettin 4000 B. a 60 A; Straßburg 2000 B. a 60 A; Vernigerode 400 B. a 20 A; Wilhelmshaven 200 B. a 60 A, 400 B. a 25 A, 20 C.; Zeit 300 B. a 35 A.

S. Wentker, Kassierer.

Zentral-Franken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

(Eingeliehene Kassen Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 14. bis 20. März 1909. Ueber schiffe von den örtlichen Verwaltungen wurden eingefandt von Heide-Altenburg, S.-M., 100 A; Nachol-Schwerin i. M. 50 A; Rößl, Altona a. C., 200 A; Wehrle-Hamburg (St. Georg) 300 A; Krüger-Groß-Niederfelde 100 A; Stellmacher-Oberschönweide 100 A; Orill-Bernau 75 A.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgeandt an Krapp-Damberg 200 A; Ehinger-Konstanz 100 A; Würzgers-Wolfenbüttel 100 A; Zimpelmann-Landau i. Pf. 50 A.

Krankengeld erhielten: Buchn. 24 864 R. Langer in Breslau 14,70 A; Buchn. 24 806 Th. Mühlfried in Breslau 16,80 A; Buchn. 31 359 F. Seggelle in Tostedt 8,40 A; Buchn. 16 644 E. Hofensee in Pandoch 31,60 A; Buchn. 12 158 W. Wolf in Ottobrunen i. Bayern 12,60 A; Buchn. 31 056 W. Zwenzner in Brandenburg a. S. 12,60 A; Buchn. 28 045 R. Walofed in Breslau 12,60 A; Buchn. 9275 C. Fahnd in Vargtheide i. Holst. 19,90 A; Buchn. 32 028 F. Mepp in Luchel i. Westpr. 12 A; Buchnummer 17 988 W. Jacobs in Hildesheim 18,20 A; Buchnummer 1182 G. Fadel in Berlin a. D. 12,60 A; Buchnummer 3298 D. Döring in Uebom 12,60 A; Buchn. 24 868 W. Rademacher in Breslau 16,80 A; Buchn. 24 847 M. Schönfelder in Breslau 21 A; Buchn. 14 846 E. Will in Rheinböllen 27,30 A; Buchn. 344 F. Fielßen in Lipp-springe 10,50 A; Buchn. 24 693 S. Woll in Want 14,70 A; Buchn. 23 223 F. Siebers in Steilan i. Holst. 23,10 A; Buchn. 28 563 A. F. Leonhard in Dübweiler 23,10 A.
S. S. Wulle, Hamburg 22, Schmalenbeckerstr. 17.

Anzeigen.

flottgehendes Malergeschäft

In größerer Stadt Schleswig-Holsteins (38000 Einw.) ist ein flottgehendes Malergeschäft nebst Gebäuden unter sehr günstigen Bedingungen zu kaufen. Reichlich Arbeit für den Sommer vorhanden. Anzahlung geringe. Gesf. Offerten u. M. 100 an die Expedition dieses Blattes.

Maler - Mäntel,

beste Qualität mit schrägen Taschen und Umlegebogen. Nur eigenes Fabrikat.

Table with 4 columns: Length (110, 120, 130, 140 cm), Price (jeht 2.75, 2.90, 3.10, 3.25 A)

Hosen aus Nessstoff 2.- M., Rücken 40 A, Dreß-Hosen und Jacken à 2.80 M., Extra-Größen 3.- M. 11. Qualität 25 A billiger. Wir bitten Oberweite und Schrittlänge anzugeben.

D. Wurzel & Co., Berlin, Brückenstraße 13, I.

Restaurant „Klosterschenke“.

Dresden-Mittstadt, Ecke Pilsen- u. Sellerg. Verkehrslokal der Maler, Lackierer, Anstreicher, Arbeitsnachweis, Bibliothek und Bablabend. Zahlstelle der Central-Frankenkasse. Reichhaltiger Frühstück, Mittag- und Abendessen bei billigen Preisen. ff. Biere.

August Heinrich.

Versandhaus

in allen Malerartikeln, Farben, Sacke, Pinsel und Schablonen. Billigste Bezugsquelle in Tubenfarben. Man verlange Preisliste! G. Job, Nürnberg, Tengel 18.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren. Prospekt über das rühmlichst bekannte

Mahlers Fondin Mahler & Co., Bamberg II.

versendet gratis und franko

Aufklärung!

Sie erleben eine grosse Enttäuschung, wenn Sie glauben, die Holz- oder Marmor-Malerei in einem Monat gründlich zu erlernen.

Hierzu benötigen Sie wenigstens 2—3 Monate!

Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5. Grösste Spezial-Schule für Holz- und Marmor-Imitation.

Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März. Prospekte gratis. Neuester Erfolg: Einer unserer Schüler erhielt nach 4 1/2 monatlichem Unterricht für seine Leistungen die Berechtigung zum einjährigen Dienst!

Empfehle den Genossen mein Fremden-Vogel, sowie Mittags- und Abendessen in reichhaltiger Auswahl. Zahlstelle der Filiale Berlin und des Wahlvereins. **Hermann Stramm** Berlin SO., Ritterstr. 123.

Maler-Mäntel und -Hosen

fertigt aus ansprobirten Qualitäten mit Umlege- und Stehfragen, schrägen und gleichen Taschen. Die Berufskleidung Spezialfabrik von Emil Hohlfeldt, Dresden-N., Pitterstr. 2-4. NB. Der Versand geschieht portofrei nach allen Orten. Bestellungen Sie ersuchen frei S us.

Billige Malvorlagen

Für 1 M. (Porto 20 Pf. extra) 20 schöne Malvorlagen (Blumen, Landschaften, Figürliches etc.), früherer Wert 8—10 M.
Für 3 M. (Porto 50 Pf. extra) 30 schöne grössere Malvorlagen (Blumen, Früchte, Landschaften, Amoretten - Kompositionen, Figürliches etc.), früherer Wert 20—25 M.
E. Haberland in Leipzig-R.

Sommerkursus für Holz- und Marmor-Malerei Dienstags und Freitags, abends 8—10 Uhr, pr. Monat Mk. 5.— **H. Muuus, Altona, Aisenplatz 1, II.**

Epochemachende Erfindung! Deutsches Reichspatent No. 191582. **Swierzy-Malerei** Das Porträt der Zukunft! Farbige Gemälde direkt auf Malleinen nach jeder Photographie, z. B. 30/40 cm auf Keilrahmen Mk. 10.— Absolute Aehnlichkeit garantiert. Täglich hervorragende Anerkennungen. Preisliste gratis und franko. **Richard Swierzy, Ges. m. b. H., Berlin S. O., Oranienstr. 70.** Grosser Nebenverdienst!

Gold-Abfälle.

Kaufe zum höchsten Preis jeden großen und kleinen Posten Kehrgerold, Goldwatte und Abkratzgold. Briefe oder Paket sendungen werden schnell erledigt. Um genaue Adressen wird geb. **Max Haupt, Dresden, Blasewitzerstr. 64.**

Malerleitern



StellfüÙe für Treppen etc.

E. Blasberg & Co. Nachf. Berlin S. W. 68, Schützenstr. 34. Fernsprecher I, 1559.

Höchsten Preis für Goldabfälle, als Kehrgerold, Goldwatte etc. zahl **Otto Hamann, Ahlen in Westf.** 50 bunte Malvorlagen Mk. 6.— Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen etc. **Ph. Brühl, Deessen t. Westf.** Der heutigen Nummer liegt die Nr. 12 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei. Für die Redaktion verantwortlich M. Mack-Hamburg, Schmälensbederstraße 17. Verlag von S. Wentker, Hamburg 22. Druck von Friedrich Meyer, Hamburg 23.